Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1,20 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 mal gratis Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Gratis-Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 79 — Mittwoch den 6. April 1921 — 47. Jahrg.

Amerika und die Reparationsfrage.

Seit dem Scheitern der Londoner Konferenz tauchen immer wieder Meldungen auf, die von neuen Verhandlungen in der Reparationsfrage zu berichten wissen und wiederholt ist bereits der Namen des kommenden Konferenzortes angegeben worden. In letzter Zeit tauchten nun Nachrichten auf über die Vermittelung einer oder gar mehrerer neutraler Mächte. Diese Meldungen kommen fast ausschließlich aus den Ententeländern und sind wohl ein Zeichen dafür, daß man trotz aller Sanktionen die jetzige Lage nicht als sehr angenehm empfindet. Zunächst breitete man noch ein geheimnisvolles Dunkel über die vermittelnden Mächte. Dann ließen sich die Blätter aus Washington melden, daß Amerika die Rolle des Vermittlers übernommen habe und die Pariser Blätter glaubten auch den Inhalt der gewechselten Noten wiedergeben zu können.

Bei dieser Lage der Dinge ist es erfreulich, daß die deutsche Regierung nunmehr zur Veröffentlichung der sogenannten Noten geschritten ist und daß damit die Dinge wieder auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es war ja inzwischen schon bekannt geworden, daß der amerikanische Vertreter in Berlin, Mister Dresel mit dem deutschen Außenminister Simons vor dessen Reise nach Lugano — eine Reise, die nur Erholungszwecken dient — eine Unterredung gehabt hat, in deren Verlauf der Amerikaner den Wunsch äußerte, die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Reparationsfrage kennen zu lernen. Dem diplomatischen Brauch folgend, wurde dem amerikanischen Vertreter dann ein Aidememoire übergeben, das nach Washington gekabelt wurde. Die amerikanische Regierung bestätigte dann in einem Kabeltelegramm den Empfang des deutschen Memorandums.

In dem deutschen Memorandum selbst ist ja kaum ein wesentlicher neuer Gesichtspunkt enthalten. Es betont, wie das ja schon so oft geschehen ist, die Bereitwilligkeit Deutschlands, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz zu leisten und es stellt als Ziel der Reparation auf: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und 2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Barmittel in fremden Devisen. Zur Frage des Wiederaufbaus wird mitgeteilt, was ja auch kein Geheimnis mehr war, daß Deutschland der französischen Regierung nochmals Vorschläge unterbreiten werde. Es ist ja bekannt, daß bereits zur Ausarbeitung dieser Vorschläge Sachverständige zusammengetreten sind. Das deutsche Memorandum weist dann mit Recht darauf hin, daß diese ganze Angelegenheit schon wesentlich weiter gediehen wäre, wenn die deutschen Pläne nicht immer wieder auf französischen Widerstand gestoßen wären. Das ist eine Erkenntnis, der man sich ja heute in Frankreich auch mehr überall verschließt. Französische Blätter haben sehr scharfe Worte der Verurteilung gefunden, um die mangelnde Organisation der Wiederaufbauarbeit in Frankreich und vor allem die spekulative Ausnutzung zu geißeln. Auch der französische Aufbauminister Loucheur gab dem Intransigeant zufolge recht interessante Einzelheiten über die „Spekulation in Kriegsschäden" bekannt. Man kann heute, so führte der Minister aus, eine Fabrik für 100 000 Fr. kaufen, die eine Million Fr. Entschädigung für Kriegsschäden erhalten will. Oder man kauft eine Farm für 12 000 Fr., welche 80 000 Fr. für Kriegsschäden erhalten soll. Man schließt die Fabrik oder läßt die Farm unbewirtschaftet und wartet auf die Auszahlung der Entschädigung. Mit Recht betont Loucheur, daß der französischen Wirtschaft durch solche Spekulationen der schwerste Schaden entsteht. Man wird sich daher auch in Frankreich darüber klar werden müssen, daß der Wiederaufbau nur in gemeinsamer Arbeit möglich ist, wie ja auch der Architekt Franca kürzlich ausführte. „Man scheint sich bis jetzt in Frankreich noch nicht darüber klar geworden zu sein, daß es uns selbst mit allem guten Willen gar nicht möglich ist, eine derartige Riesenarbeit allein zu Ende zu führen. Das geht über die Kräfte Frankreichs." Was die Frage der Beschaffung von Barmitteln betrifft, so greift das deutsche Memorandum auf die schon öfter erwähnte Idee einer internationalen Anleihe zurück. Es wird ferner betont, daß Deutschland bereit ist, die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit dem Urteil unparteiischer Sachverständiger zu unterstellen.

Die amerikanische Antwort läßt, wie man zu sagen pflegt, alle Türen offen. Wenn hierin betont wird — und dieser Satz wird von der chauvinistischen Ententepresse etwas stark ausgenutzt — die amerikanische Regierung halte ebenso wie die alliierte Regierung Deutschland für den Krieg verantwortlich, so darf doch vielleicht an das Wort Lloyd Georges, das dieser allerdings am liebsten heute auch leugnen möchte, erinnert werden, daß kein Staatsmann für den Krieg verantwortlich sei, sondern daß sie alle in diesen Krieg hineingetolpert wären.

Man sieht also, von einer Vermittelung kann, wenn auch alle Möglichkeiten offen bleiben, nicht gut gesprochen werden. Man wird auch nicht verkennen können, daß es vollkommen zwecklos wäre, sich erneut an den Verhandlungstisch zu setzen, so lange die Entente sich nicht von den Pariser Beschlüssen frei machen kann. Eben jetzt hat erst der Direktor der Diskontogesellschaft Urbig im Bankarchiv nachgewiesen, daß die Pariser Forderungen der Entente absolut utopisch sind. Die Lejsung der geforderten Goldmilliarden setzt ein Blühen der deutschen Wirtschaft voraus, wie es niemals einem Lande auf Erden beschieden sein kann. Bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt, müßte auch Klarheit darüber geschaffen sein, daß die Grenzpläne des Herrn Korfanty und seiner Gesinnungsgenossen erledigt sind, und daß Oberschlesien, wie die große Mehrheit seiner Bevölkerung es fordert, ungeteilt bei Deutschland bleibt. Es müßte ferner Klarheit geschaffen sein, daß die Dauer der Rheinlandbesetzung nicht willkürlich verlängert und die verhängten Sanktionen sofort aufgehoben werden.

Für die Erfüllung dieser Forderungen sind bislang wenig oder gar keine Anzeichen zu erkennen. Es ist darum auch keinerlei Grund vorhanden, irgend welche Hoffnungen auf den amerikanischen Schritt zu setzen. Auch die Regierung Hardings tritt, wie das ja ganz selbstverständlich ist, eine rein amerikanische Politik und tut keinen Schritt nur aus reiner Liebe zu Deutschland. Nur aus der Überzeugung heraus, daß seine Sache gut, und daß der deutsche Standpunkt gerecht ist, kann Deutschland Hoffnung für die Zukunft schöpfen.

*

Amerika und der Frieden.

Neben der Frage, ob die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich im Sinne einer Vermittelung an der Regelung der Reparationsfrage beteiligen werden, steht die nicht minder wichtige Herstellung des Friedenszustandes zwischen uns und der Union. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die amerikanische Note für Anerkennung der Kriegsschuld und der Schulden lozusagen die Plattform sein wird, unter der Amerika Frieden zu schließen gedenkt. Der Senator Knox hat dem Oberredakteur des „Matin" eine Unterredung gewährt, in der er Frankreich allerlei Freundliches sagte. Er will sogar soweit gehen, seiner Resolution den Zusatz hinzuzufügen, daß im Falle einer „neuen Bedrohung der Zivilisation" Amerika sich sofort „mit allen denen verständigen würde, die von dieser Gefahr bedroht sind. Aber selbst die französische Havas-Agentur muß zugestehen, daß die Knox'sche Entschließung einen Sonderfrieden mit Deutschland bedeutet. Die Agentur meint, daß der Zusatz für die französischen Wünsche befriedigend sein werde. Demgegenüber ist es nicht uninteressant, daß Knox dem Chefredakteur des „Matin" auch erklärt hat, der Versailler Vertrag enthalte Bestimmungen über die Grenzen in Mitteleuropa, mit denen Amerika nichts zu tun haben wolle und die Bestimmungen über den fernen Osten könne Amerika nicht ratifizieren. Die letzteren Bemerkungen zielen auf die Abtretung der Schantungrechte an Japan und auf die kolonialen Regelungen in der Südsee. Daß die Regierung Harding in der Kriegsschuldfrage den gleichen einseitigen Standpunkt einnimmt wie die Entente, muß in Deutschland peinlichste Überraschung hervorrufen. Vor den Wahlen hat Herr Harding sich sehr gehütet, darüber ein Wort zu sagen.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Neuyork, 6. April. In Besprechung der Antwort der amerikanischen Regierung auf das deutsche Memorandum in der Reparationsfrage schlägt „Neuyork Herald" vor, da Dr. Simons Deutschlands Reparationspflicht anerkannt habe und Hughes über dies unzweideutige Zugeständnis erfreut sei, sollte eine dritte Partei als Schiedsrichter fungieren, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu bestimmen.

Keine neuen Verhandlungen in der Frage der Sanktionen.

Haag, 5. April. Lloyd George erklärte im Unterhaus, seit Anwendung der Sanktionen seien mit Deutschland keine Unterhandlungen über die Entschädigungsfrage geführt worden. Bisher hat noch keines der englischen Dominions seinem Parlament ein 50-Prozent-Gesetz wie das unsrige vorgelegt. Das belgische Parlament nahm ein solches Gesetz an, die französische Regierung hat die vorbereitenden Schritte. Italien, Portugal, Rumänien, Griechenland und Siam haben die Absicht kund, ein solches Gesetz einzubringen.

Deutscher Protest gegen Redakteurverurteilungen in Oberschlesien.

Berlin, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die deutsche Regierung wird, wie wir erfahren, noch heute bei der Interalliierten Kommission in Oppeln Vorstellungen erheben wegen der Verurteilung der oberschlesischen Redakteure. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß zahllose Falschmeldungen polnischer Blätter ungeführt geblieben sind.

Verhaftungen von Kommunisten.

Nürnberg, 6. April. (Privattelegramm). Die Bahnhofskontrolle mußte hier verschärft werden, nachdem die Polizei bei einem aus Amberg eintreffenden jungen Burschen fünf Kilogramm Sprengstoff fand, das er als Mitglied der kommunistischen Jugendparteiverwenden sollte. In kommunistischen Kreisen wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Ruhiger Verlauf der Beerdigung von Sylt.

Berlin, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Bei der Trauerfeier für den auf der Flucht erschossenen Kommunistenführer und städtischen Obermaschinisten Sylt ist, soweit sich das in den Mittagsstunden übersehen läßt, die Beteiligung der städtischen Arbeiterschaft nicht übermäßig groß. Am stärksten waren die städtischen Elektrizitätswerke mit etwa 80 Prozent ihrer Arbeiterschaft vertreten. Auch in der Metallindustrie ist es zu Betriebseinstellungen nicht gekommen. Von der Straßenbahn nimmt etwa ein Viertel des Personals an der Beerdigung teil. Hier sind deshalb für heute einige Linien eingestellt.

Über 4½ Millionen Arbeitslose in England.

London, 6. April. In den 1½ Millionen Arbeitslosen, die in England bereits am 24. März gezählt wurden, kommen jetzt weit über drei Millionen streikende Bergleute.

England muß aus innerpolitischen Gründen Truppen zurückziehen.

Paris, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die englische Regierung hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß einige englische Truppenkörper, die sich gegenwärtig auf fremden Schauplätzen befinden, aus innerpolitischen Gründen nach England zurückgezogen werden. Insbesondere sind dies vier Bataillone aus Oberschlesien. Hierzu meldet der Figaro, daß die englischen Bataillone durch französische Truppen ersetzt werden.

Die Zusatzklausel der Knoxschen Friedensresolution.

Paris, 6. April. Wie Stefan Lauzanne dem Matin aus Newyork drahtet, hat Senator Knox die Absicht, seiner aus fünf Paragraphen bestehenden, schon einmal vom Senat angenommenen Resolution folgende Zusatzklausel beizufügen:

Um unsere Pflicht gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst vollständig und würdig zu erfüllen, erklären wir, daß die amerikanische Politik folgende sein wird. Wenn die Freiheit und der Friede Europas aufs neue von einer Macht oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werden, werden die Vereinigten Staaten diese Lage mit allem Ernst und aller Ruhe betrachten und darin eine Bedrohung ihrer eigenen Freiheit und ihres eigenen Friedens erblicken. Sie werden sich alsbald mit den anderen gefährdeten Ländern beraten, um eine solche Bedrohung zu beseitigen, und wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, mit den Freunden der Zivilisation diese verteidigen.

Senator Knox werde diesem Text eine Begründung hinzufügen, in der er sagt: Wenn eine ähnliche Erklärung von anderen Nationen angenommen würde, so würde dadurch eine viel stärkere Gesellschaft der Nationen gefördert werden als jede andere. Durch diese Resolution werde auch die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes und internationalen Untersuchungsausschusses nicht behindert werden.

Bolschewistische Unterstützung der ausländischen Kommunistenorganisationen.

Kopenhagen, 6. April. Das Blatt „Socialdemokraten" bringt sensationelle Enthüllungen über die bolschewistische Unterstützung der ausländischen Kommunistenorganisationen. Das Gold der Bolschewisten bleibt grundsätzlich für die ausländische Propaganda reserviert. Daraus zu erklären seien die Naturalkonzessionen, die die Sowjetregierung den fremden Kapitalisten anbiete. Die Bolschewisten machten so den russischen Arbeitern dem fremden Kapital unterlan, um ihr Gold für die Weltpropaganda ausgeben zu können. Je mehr sie Konzessionen vergaben, um so mehr zwangen sie die internationalen Kapitalisten, ihre Diktatur zu unterstützen. Diese Enthüllungen über die Goldreservepolitik der Bolschewisten sind eine Bestätigung dafür, daß bolschewistisches Gold bei den letzten kommunistischen Unruhen eine größere Rolle auch in Deutschland gespielt hat, weitgehender, als dies festgestellt werden konnte.

Die Entente verlangt Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.

Paris, 6. April. (Privattelegramm Frankfurt a. M.) Das Echo de Paris berichtet, die Botschafterkonferenz sei übereingekommen, daß die Gefahr einer terroristischen Bewegung in Bayern nicht größer sei als in den übrigen deutschen Gegenden und daß die bayerische Regierung daher auch kein Recht habe, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln und sich der Entwaffnung seiner Einwohnerwehren zu widersetzen. Die Alliierten werden in dieser Angelegenheit eine besondere Note nach Berlin richten, eine direkte Auseinandersetzung mit München jedoch ablehnen.

Amerika behält sich vollste Handlungsfreiheit vor.

New-York, 6. April. Die amerikanische Regierung hat eine Note an die Verbandsregierungen gerichtet über die Mandate. In diesem amtlichen Schriftstück legt sie nochmals ihren bereits bekannten Standpunkt über die Insel Yap dar. Man behauptet, daß die Vereinigten Staaten diese Gelegenheit benutzen, um den assoziierten Mächten amtlich mitzuteilen, daß sie jede Gemeinschaft mit dem Völkerbund ablehnen und sich hinsichtlich der europäischen Fragen vollste Handlungsfreiheit vorbehalten.

Exkaiser Karl von österreichischen Arbeitern festgehalten.

Wien, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Rückreise des Exkaisers Karl durch Österreich hat unerwegs eine plötzliche Unterbrechung erfahren. In Bruck an der Murr hatten etwa 1000 Arbeiter sich des Bahnhofs bemächtigt und erklärten, daß sie von dem Exkaiser eine Zusicherung verlangten, daß er nie wieder den Versuch machen werde, nach Österreich zurückzukommen. Falls er diese Erklärung nicht abgebe, drohten sie, ihn aufzuhängen. Der Zug des Exkaisers blieb außerhalb der Station. Es wurden Verhandlungen eingeleitet, um die Durchfahrt zu sichern. Doch sind die Unterhandlungen, an denen sich auch die mitfahrenden Ententeoffiziere beteiligten, bis um 3 Uhr morgens erfolglos geblieben.

Für die völlige Unabhängigkeit Ägyptens.

London, 6. April. Nach einer Reutermeldung aus Alexandrien sagte Zaghul Pascha auf einem Festessen, die von ihm befolgten politischen Richtlinien hätten zur Grundlage die völlige Unabhängigkeit Ägyptens. Er schloß seine Rede mit der Aufforderung zur Einigkeit.

Der finanzielle Sekretär des Schatzamts erklärte auf eine Anfrage, nach Schätzung der Wiedergutmachungskommission (!!) bezahlte Deutschland bis Ende Januar ungefähr 6 Milliarden 55 Millionen Goldmark, davon müssen aber ungefähr 3 Milliarden 580 Millionen für die Kosten der Besatzungsarmee bis Ende Dezember abgezogen werden und ungefähr 25 Millionen Pfund Sterling Vorschüsse infolge der Übereinkunft von Spa. Stellt man in Rechnung, was Deutschland nach dem 31. Januar bezahlte, wie auch die Kosten der Besatzungsarmee seit Januar, so hat Deutschland bis heute für die Entschädigung ungefähr 100 Millionen Pfund Sterling bezahlt.

Bayern schlägt neue Verhandlungen mit der Entente über die Entwaffnungsfrage vor.

München, 6. April. Amtlich wird gemeldet: Der Ministerrat beschäftigte sich mit der vom Vizekanzler Dr. Heinze überreichten Note vom 23. März. In der beschlossenen Antwort schlägt die bayerische Regierung vor, bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.

Über 24000 Mann farbiger Truppen im Rheinland.

Stockholm, 6. April. Ein schwedischer Brief aus dem Rheinland schildert das rücksichtslose Auftreten der Franzosen und stellt fest, daß im ganzen besetzten Gebiet sich über 24000 Mann farbige französische Truppen befinden.

*

Eine starke Hand wird auf Deutschland niedersausen!

Eine neue Drohrede Briands.

Aus Paris wird uns berichtet:

Im Senat erklärte Briand, daß das Problem, dessen Lösung vom ganzen Lande mit Spannung erwartet wurde, die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland sei. Der Ministerpräsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich sich seinem Ziel nähere, und daß die Stunde kommen werde, wo es Frankreich möglich sein werde, den Weg der Verwirklichung zu betreten. Er erkenne an, daß vorübergehende Mißlichkeiten unter den Alliierten ausgebrochen seien. Er fügte hinzu, daß Deutschland versucht habe, diese zu verschärfen, daß sich die Alliierten aber über dieses Manöver Rechenschaft abgelegt hätten, und daß sie seit der Konferenz von Paris die Notwendigkeit ihrer Einigkeit begriffen hätten. Briand erinnerte an die Verhandlungen von London und wies nach, daß Deutschland lächerliche Vorschläge gemacht habe, welche eine Herausforderung der Alliierten bedeuteten. Briand erinnerte daran, welche Ereignisse dem Abbruch der Londoner Konferenz folgten. Er erwähnte die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Er sagte: Denn dieses Abkommen von London ist nunmehr vollkommen zu verwirklichen, und damit tritt der Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0001

faillier Vertrag in Kraft. Die in ihm im Einvernehmen mit unseren Alliierten angenommenen Sanktionen sind anwendbar und werden angewendet werden. Ein kurzer Aufschub ist notwendig, um die Bedingungen festzusetzen, bis die Zollgrenze, die das Rheinland vom übrigen Deutschland trennt, errichtet wurde. Heute ist die Zollgrenze hergestellt. Am 1. Mai wird Deutschland keinerlei Verzögerungen herbeiführen können. Es wird ihm juristisch nachgewiesen sein, welche Verfehlungen es in allen Punkten begangen hat; Abrüstung, Bestrafung der Schuldigen: alles das wird nun gelöst werden. Wenn der schlechte Wille des Schuldners festgestellt ist, so werden wir unseren Alliierten sagen, daß der Gläubiger das Recht hat, die Zwangsmaßnahmen spielen zu lassen. In London hat sich Deutschland des Versailler Vertrages bedient, um uns zu verhindern, vor dem 1. Mai zu handeln. Sobald dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, werden wir das gemeine Recht zur Anwendung bringen. Wenn Deutschland versucht, sich nochmals seinen Verpflichtungen zu entziehen — ich sage dies mit erhobener Stimme — so wird eine starke Hand auf es niederfausen!

Politische Uebersicht.

Wirtschaftsdiktatur in England?

Der Kohlenarbeiterstreik in England hat zu einer wirtschaftlichen Erschütterung schwerster Art geführt. Die Bergarbeiter sind in Großbritannien bekanntlich durch ein gewerkschaftliches Kartell mit den Eisenbahnern und den Verkehrsarbeitern eng verbunden. Wiederholt drohte dieser gewerkschaftliche Dreibund mit einem gemeinsamen Vorgehen. Jetzt ist die Gefahr nahe gerückt, daß es zu einem solchen Solidaritätsstreik der drei Gruppen kommt. Die britische Regierung hat darum eine Anzahl außerordentlich strenger Maßnahmen getroffen. Im wesentlichen wendet sie die weitgehenden Befugnisse der Kriegszeit jetzt einfach auch im Frieden an. Danach können die Soldaten und Marinemannschaften jederzeit zur Streikbrecherarbeit herangezogen werden und die Polizei kann ohne richterliche Vollmacht Haussuchungen und sofortige Verhaftungen vornehmen. Die Lage ist vor allem Dingen dadurch erschwert worden, daß infolge des Kohlenmangels zahlreiche Betriebe schließen und die Arbeiterschaft entlassen mußten. Der Kohlenarbeiterstreik ist viel erbitterter, als der vor einiger Zeit beendete. Die Bergarbeiter zwingen die Arbeitswilligen, auch die Notstandsarbeiten in den Betrieben einzustellen. Infolgedessen ersoffen zahlreiche Schächte. Der Ausgang des großen Ringens zwischen Kapital und Arbeit ist noch vollkommen ungewiß. Neben der rücksichtslosen Wahrnehmung der Staatsinteressen durch die Regierung steht die besonnene Haltung der Gewerkschaftsführer.

Österreich.

Ein Ententeeinspruch gegen die Volksabstimmung in Österreich.

Der „Figaro" meldet: Die Botschafterkonferenz wird gegen die Absicht der österreichischen Regierung, in allen Ländern Österreichs eine Volksabstimmung über einen Anschluß an Deutschland zu veranstalten, Einspruch erheben. Die alliierte Delegation in Wien ist bereits angewiesen, die österreichische Regierung darauf hinzuweisen, daß ein Anschluß Österreichs an Deutschland doch niemals geduldet würde.

Ungarn.

Exkaiser Karls Heimreise nach der Schweiz.

Wien, 6. April. Der Exkaiser Karl hat gestern vormittag um 10 Uhr 35 Minuten Steinamanger verlassen und durch das deutsch-österreichische Gebiet die Rückfahrt nach der Schweiz angetreten. Der Zug wurde, entsprechend einem gestern im Ministerrat gefaßten Beschlusse, von Vertrauensleuten der sozialdemokratischen und christlich-sozialen Partei begleitet. Der ungarische Minister des Äußern, Graey, der sich während dieser Tage in Steinamanger aufhielt, ist zurückgetreten.

Die griechische Offensive in Kleinasien geschieht?

Athen, 6. April. (Eigene d'Athenes.) Alle Nachrichten der Presse übereinstimmen darin überein, daß der erste Teil der militärischen Operationen in Kleinasien beendet ist. Die den Operationen gesteckten Ziele sind erreicht worden; durch die Einnahme von Afsun-Kara-Hissar sind die kemalistischen Truppen in Cilicien daran gehindert worden, mit starken nationalistischen Kräften vorzugehen. Nach Erkundungsvorstößen vor Eskischehir sind die griechischen Truppen auf ihre Stellungen bei Kovalitsa zurückgegangen. Sie haben einen Punkt 40 Kilometer von Afsun-Kara-Hissar besetzt. 10 Flugzeuge bombardierten Eskischehir und stellten Brandwirkungen fest.

Die Griechen in der Defensive.

Konstantinopel, 6. April. (Havas.) Das Ringen bei Eskischehir dauert an. Die griechischen Truppen sind in die Defensive gedrängt und haben Boden verloren. Nach dem griechischen Bericht sollen die griechischen Soldaten sehr ermüdet und moralisch erschüttert sein. Zahlreiche Deserteure und Verwundete strömen nach Brussa, wo Verstärkungen erwartet werden. Nach den letzten Nachrichten ist die Nordgruppe der griechischen Armee in vollständiger Auflösung. Die türkische Armee, die Beleschik besetzt hat, setzt ihren Vorstoß nicht aus.

Türkische Verteidigungsmaßnahmen.

Paris, 6. April. Havas meldet aus Konstantinopel: Obwohl die Möglichkeit eines griechischen Vormarsches nach Angora augenblicklich nicht besteht, wurden Vorbereitungen zur Verteidigung der Stadt getroffen. Die natürlichen Hindernisse an der Eisenbahnstrecke Eskischehir—Angora wurden verstärkt und Zozgad und Kastambul als Verteidigungsplätze eingerichtet. Außerdem haben die Kemalisten eine große Verteidigungslinie Konia-Cesarea errichtet, wo die Armeen Cilciens und die aus den verschiedenen Gegenden Kleinasiens und des Kaukasus herbeikommenden verfügbaren Kräfte konzentriert werden.

Die Griechen operieren weiter an Boden.

Konstantinopel, 6. April. Die griechischen Truppen haben Afsun-Karahissar geräumt und sich auf ihre Ausgangslinie zurückgezogen.

Nachklänge zum Kommunisten-Aufruhr.

Die Selbstmordparole der Kommunisten.

In dem an sich begreiflichen Bestreben, ihre Anhängerschaft über die soeben erlittene katastrophale Niederlage hinwegzutäuschen, schrecken die Kommunisten und ihre Presse vor keinem Verbrechen — an der Wahrheit zurück. Sie glauben, wenn sie nur die Dinge auf den Kopf stellen, dann werde schon niemand dahinter kommen, wie die Tatsachen wirklich liegen, und jeder Tag bringt die merkwürdigsten Beispiele für diese Politik der Verschleierung. Die „Rote Fahne" vom Dienstag z. B. bringt einen Leitartikel, der aber noch weit alles hinter sich läßt, was man selbst bei blühendster Phantasie erwarten konnte. Der anonym bleibende Verfasser, den man aber wohl in den führenden Kreisen der Partei zu suchen haben würde, ist nämlich eifrig bemüht, in einer Artikelserie auseinander zu setzen, inwiefern der jetzige Putsch im richtigen Augenblick und mit der besten Aussicht auf Erfolg eingeleitet worden wäre, wenn nicht die verruchten Verräter im Lager der „Menschewisten", das sind die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen, der kommunistischen Vorhut den Dolch in den Rücken gestoßen hätten. Es ist allein schon ein unbeschreibbares Vergnügen, zu beobachten, in welch unnachahmlicher Vollendung die Kommunisten ihre politischen Gegenfüßler, die Militaristen des Weltkrieges, zu kopieren wissen, und man kann es dem „Vorwärts" und der „Freiheit" nachfühlen, wenn sie mit allem Nachdruck darauf hinweisen, um die Arbeiterschaft sehend zu machen. Trotzdem erklärt nun die „Rote Fahne", daß der Putsch, der soeben so schmählich gescheitert ist, nur den Beginn einer „Politik der revolutionären Offensive" darstelle, d. h. also, daß die kommunistische Parteiführung, ebenfalls wieder genau wie ihr Vorbild Ludendorff, aus Niederlagen nichts lernt.

Das schönste ist aber, daß dieselbe „Rote Fahne" in diesem Leitaufsatz eine Zusammenstellung von Äußerungen der Presse der verschiedensten Richtungen bringt und dieser zusammenfassend überschreibt: Die Einheitsfront gegen die Kommunisten! Man fragt sich erstaunt, was die „Rote Fahne" eigentlich noch mehr will. Aber die geschlossene Front aller anderen politischen Parteien von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen hinaus gibt es doch eigentlich nichts, und wenn die „Rote Fahne" dennoch neue Putsche ankündigen wagt, so läuft das auf nichts anderes als auf die Organisation des Massenmordes ihrer Anhängerschaft hinaus. Diese Politik wird nun sehr hübsch durch ein Zitat der „Freiheit" aus einer Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" illustriert, worin sich Lenin über die Vorzüge eines geschickten Rückzuges und gegen die sogen. „Parole-Revolutionäre" ausspricht. Die Parole der deutschen Kommunisten heißt Massenselbstmord der Parteiangehörigen. Das ist der Gipfel der bisherigen Politik der Kommunisten, und man kann sie nunmehr wohl in aller Ruhe sich selbst überlassen.

*

Über die Verhaftung der Rädelsführer des Aufruhrs in den Leunawerken

berichten die „L. N. N." noch folgende Einzelheiten:

Nachdem es, wie wir bereits meldeten, der Leipziger Kriminalpolizei gelungen war, in den Personen der Kommunisten Franz Utelmann (Decname Franz Kempin) und Max Brenzlow zwei der Führer des Aufstandes in den Leunawerken auf ihrer Flucht festzunehmen, ist es jetzt gelungen, die beiden noch fehlenden Hauptbeteiligten des kommunistischen Aktionsausschusses der Leunawerke ebenfalls auf der Flucht hier in Leipzig festzunehmen. Es handelt sich um den vormaligen Fleischer und jetzigen Fabrikarbeiter Karl Haase, geboren am 3. September 1892 in Königsee in Thüringen, und den Zimmerer Germann Oberth, geboren den 10. März 1896 in Gotteborn.

Die Festnahme erfolgte auf dem Bayerischen Bahnhofe in Leipzig im letzten Augenblick vor Abgang des Zuges, mit dem die beiden ihre Flucht fortsetzen wollten. Die beiden waren gut gekleidet, da sie Anzüge von Ingenieuren der Leunawerke gestohlen hatten, und waren mit falschen Papieren ausgestattet, die ihnen die Flucht nach dem Auslande sicher ermöglicht hätten, wenn sie hier nicht dingfest gemacht worden wären. Mit den Festgenommenen sind nun sämtliche Rädelsführer der Leunawerke dingfest gemacht worden. Zur weiteren Untersuchung sind die Festgenommenen den Leunawerken zugeführt worden. Unter den Gefangenen der Leunawerke herrscht eine große Erbitterung gegen die genannten Führer, die es wohl verstanden, die Leute in den Aufstand zu hetzen, ihre Opfer aber dann schmählich im Stiche ließen, als die Sache ernst wurde.

Wie inzwischen bekannt geworden ist, sind in den Leunawerken unter Führung des Uhelmann die Geldschränke erbrochen und gegen eine halbe Million Gelder geraubt worden. Bei seiner Festnahme war Uhelmann nur noch im Besitz von etwa 6000 ℳ.

Leipziger Kommunisten und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Leunawerken.

Im Leipziger Volkshaus fand am Dienstag vormittag eine Versammlung der in Leipzig wohnenden etwa 400 Arbeiter der Leunawerke statt. Nach einer der üblichen Hetzreden gegen das Eingreifen der Polizei wiesen die Versammelten den Beschluß der Werkleitung, die Arbeiter einzeln durch Handschreiben einzuberufen, mit Entrüstung ab und verpflichteten sich, zur Abwehr von Maßregelungen nur geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Bemerkt sei, daß in den Leunawerken 22 000 Arbeiter beschäftigt waren und daß deshalb der Beschluß der 400 Leipziger Arbeiter bedeutungslos ist.

Lagebericht.

Magdeburg, 6. April. Der Lagebericht spricht nur von Streiken und Verhaftungen. Die Ausnahmegerichte sind jetzt in Tätigkeit. Der Rücktransport der Reichswehr hat begonnen. Die Schupo hat während des Aufruhrs 33 Tote, 57 Verwundete und einen Vermißten. Bei der Aktion in Mitteldeutschland wurden mehr als 3600 Personen festgenommen.

Verluste der Schutzpolizei während des Aufruhrs in Mitteldeutschland.

Im Kampfe gegen aufrührerische Banden und Verbrecher fielen in Mitteldeutschland von der 6. Hundertschaft: Polizeileutnant Kirchner und Polizei-Unterwachtmeister Kahnert; von der 13. Hundertschaft: Pol-Wachtmeister Baumgarter; von der technischen Hundertschaft: Pol-Hauptmann Maaß, Pol-Leutnant Suchla, die Pol.-Wachtmeister Jeslerskty, Ziegler, Wendt, Willy Kühn, Kurt Arnold, Pol.-Unterwachtmeister Rinkowski, Stricker und Umlauf; von der Hundertschaft Annaburg die Pol-Wachtmeister Siemers, Strauchmann und Gottland, ferner Landjägeranwärter Koch-Mücheln und Pol.-Unterwachtmeister Axtmann in Weißenfels.

Das Resultat des Kommunisten-Aufruhrs.

20 000 Arbeiter Mitteldeutschlands durch die Kommunisten brotlos gemacht.

Aus Halle wird uns berichtet: Nach Mitteilung der Berliner Gewerkschaftskommission sind durch die kommunistischen Zerstörungen im mitteldeutschen Industriegebiet über 30 Werke stillgelegt worden, wodurch etwa 20 000 Arbeiter arbeitslos geworden sind. Aus den Leunawerken wird gemeldet, daß wieder 20 000 Mann Belegschaft eingestellt werden sollen, und zwar 10 000 Werkarbeiter und 10 000 Büroarbeiter. Die Einstellung hat am Montag begonnen. Es können jedoch täglich nur je 500 Arbeiter beider Kategorien angenommen werden, da die Werkleitung neue Ausweise herstellen läßt, die mit einem Lichtbild versehen sind.

Ausgerissene kommunistische Stadtväter von Halle.

Halle, 6. April. Die letzte Stadtverordnetenversammlung war gekennzeichnet durch das Fehlen der drei kommunistischen Hauptreder, des Stadtverordneten Osterburg, des Stadtverordneten Bowitzky und der Frau Stadtverordneten Krüger. Osterburg ist seit Sonnabend verschwunden, man weiß nicht wohin. Bowitzky, der als politischer Kommissar den Aufstand im Mansfeldschen organisiert hat, ist geflohen, als die kommunistische Sache schief ging, und Frau Krüger, die im Aufstandsgebiet als rote Krankenschwester wirkte, ist verhaftet worden. Wie die „Hallesche Allg. Ztg." hört, liegt gegen Osterburg ein Haftbefehl vor. Die Prüfung des Materials über die Waffenschiebung mit einem südtirolen Kohlenauto im vorigen Jahre hat derartig belastendes Material gegen Osterburg ergeben, daß die Staatsanwaltschaft den Haftbefehl erließ.

Allmähliche Wiederaufnahme der Arbeit in Mansfeld.

Dem „B. T." zufolge erklärte bei Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden die Direktion der Mansfelder Bergwerksgesellschaften, daß sich die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Schächten und Hütten erst allmählich ermöglichen lasse. Bei der Arbeitsaufnahme würden in erster Linie Familienväter berücksichtigt werden.

Beschlagnahmungen und Waffenfunde in Freyburg a. U.

In Freyburg a. U. hatte man aus einem Versteck in den Steinbrüchen 81 Gewehre. An einem Gewehr haben die Schurken eine Schnur befestigt, die mit versteckten Sprengstoffen Verbindung hatte. Die Bergung war daher mit erheblicher Gefahr verbunden. Im Gasthaus zum „Weintraube" in Freyburg konnte man 26 Kommunisten überraschen und festnehmen. In einem anderen Steinbruch daselbst fand man 70 Gewehre und 26 000 Schuß Munition.

Säuberung des Geländes um den Petersberg.

Aus Eilenburg wird berichtet: Am Dienstag nahm die Schutzpolizei eine gründliche Säuberung des Geländes um den Petersberg vor. Auch eine Durchsuchung nach zweifelhaften Elementen und Waffen fand statt. Am Sonntag wurden wiederum Verhaftungen vorgenommen. — Wie das Kommando der Schupo mitteilt, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen der altgewohnte Zustand der Ruhe und Ordnung in Stadt und Land in weitestem Umfange eintritt.

Verhaftungen in Bitterfeld.

Bitterfeld, 5. April. Militärischerseits erfolgten gestern in den Abendstunden noch mehrere Festnahmen von Teilnehmern des Rathaussturmes, welche auf der Rückkehr vom Gefecht bei Gröbers in der Gegend bei Ostrau der Reichswehr in die Hände fielen. Dieselben führten u. a. Gelder in verschiedener Höhe mit sich, welche sie angeblich von ihrem Kommandeur, welcher sich ihnen als Hölz bezeichnete, erhalten haben wollen.

Tumultszenen im sächsischen Landtag.

Die roten Lämmlein und der weiße Wehrwolf.

Aus Dresden wird gemeldet: Bei dem Wiederzusammentritt des sächsischen Landtages am Mittwoch kam es sofort zu unbeschreiblichen Tumultszenen. Die Kommunisten protestierten dagegen, daß sie an den letzten Unruhen schuldig seien. Sie verlangten, daß die sächsische Regierung zu diesen Beschuldigungen Stellung nehme und daß die Arbeiter im Leunawerk, die von der Ermordung durch die weißen Banden bedroht seien, sofort befreit würden. Sorge die Regierung hierfür nicht, dann mache sie sich eines schweren Verbrechens schuldig.

Das Haus ging über diese Erklärung einfach hinweg, worauf die Kommunisten einen ungeheuren Lärm vollführten und den Sitzungssaal verließen. Es ist mit einer Regierungskrise zu rechnen.

„Haltet den Dieb!" rufen, ist eine alte Diebestaktik. Selten aber ward das Verhältnis Verbrecher — Überfallener mit solch unerhörter Frechheit und zynischer Außerachtlassung aller augenscheinlichsten Beweise umgedreht, wie es jetzt die Kommunisten versuchen.

Neue kommunistische Bandenüberfälle.

Dresden, 5. April. Schwere kommunistische Übergriffe werden aus dem Kreise Heuersberg berichtet. Das dem Fürsten Lynar gehörende Schloß Lindenau wurde von einer Kommunistenbande besetzt, die den Generalbevollmächtigten Rentmeister Goehler verschleppte und auch eine Anzahl Jagdgewehre mitnahm. Ferner wurde bei dem Gutsbesitzer Siegismund in Ortrand die Einrichtung zerstört, das Vieh weggeführt und der Gutsbesitzer und seine Kinder als Geiseln mitgenommen. Seine Frau konnte sich retten. Die Bande kam aus dem Kreise Liebenwerda herüber.

Beendigung der Aufstandsbewegung im rheinisch Industriegebiet.

Essen, 6 April. Auf sämtlichen Schachtanlagen des linksrheinischen Gebietes und auf der Zeche Westfalen in Ahlen sind die Belegschaften der gestrigen Frühschicht vollzählig angefahren. Die Aufstandsbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kann damit als beendet angesehen werden. Die Schachtanlagen des linksrheinischen Gebietes sind von den belgischen Besatzungsbehörden besetzt worden.

Die ersten Verurteilungen von Kommunisten.

In Hamburg begannen am Dienstag die ersten Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die an den Unruhen in Hamburg beteiligten Personen. Ein 20jähriger Maschinenbauer, der auf dem Dache des Direktionsgebäudes der Werft von Blohm & Voß die rote Fahne gehißt hatte, wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Frau erhielt 3½ Jahre Zuchthaus, weil sie einen niedergeschossenen Polizisten durch Faustschläge und Fußtritte ins Gesicht schwer mißhandelt hatte.

Auffindung eines kommunistischen Waffenlagers in Ostpreußen.

Königsberg i. Pr., 6. April. In Marggrabowa wurde von der Schutzpolizei ein kommunistisches Waffenlager von mehreren Maschinengewehren und einer größeren Menge Munition entdeckt. Im Anschluß daran wurden mehrere Kommunisten verhaftet.

Verhaftungen in München.

München, 6 April. Bei einer Besprechung kommunistischer Führer im Fraktionszimmer der Kommunistischen Partei Deutschlands im Landtagsgebäude wurde der frühere Polizeipräsident der Münchener Räterepublik Köberl verhaftet. Er wird beschuldigt, an der Herstellung des Flugblattes, das die Arbeiter Bayerns zum Generalstreik aufgerufen hatte, beteiligt zu sein.

Merseburg und Umgegend.

6. April.

Dank an die Schutzpolizei.

Aus verschiedenen Kreisen wird angeregt, der Schutzpolizei, deren Mannschaften für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung Leben und Gesundheit einsetzten und zum Teil einbüßten, den Dank der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Es gibt außer kommunistischen Kreisen faum Leute, die den Offizieren und Mannschaften nicht ein herzliches Dankgefühl entgegenbrächten für die Wiederherstellung geordneter und verfassungsmäßiger Zustände. Es wird der Schutzpolizei sicher Freude machen, wenn sie erfährt, daß ihre schwierige und stets mit Lebensgefahr verbundene Tätigkeit Anerkennung findet, und zwar nicht nur in Worten. Viele tapfere Leute sind in den Kämpfen gefallen oder ermordet worden, viele liegen verwundet in Krankenhäusern. Da dankt man durch die Tat und sende der Schutzpolizei Geldspenden oder Gaben für die Hinterbliebenen der Gefallenen oder für die Verwundeten. Die Gaben werden am besten direkt an das Kommando gesandt.

*

Ist die Schädigung der Geschäftswelt durch die Telephonsperre noch notwendig?

Da unsere wiederholten Anregungen zur Aufhebung der Telephonsperre wenigstens im Ortsverkehr, die im Interesse der breiten Öffentlichkeit vorgetragen wurden, bisher keinerlei Erfolg zeitigten, müssen wir heute die vorstehende Frage in aller Öffentlichkeit an die zuständigen Polizeibehörden stellen. Denn die Post ist in der Freigabe des Telephonverkehrs überhaupt nicht zuständig, wie aus dem nachfolgenden, gestern abend über eingegangenen Bescheid der Oberpostdirektion Halle hervorgeht: „Bei Anregungen auf Aufhebung der Sperre für den Fernsprechverkehr sind die Antragsteller darauf hinzuweisen, daß Ausnahmen von der allgemeinen Verordnung nicht an die Postverwaltung, sondern an die Landratsämter und die zuständigen Kommandeure der Schutzpolizei gestellt werden können." Auf unsere Erkundigung hin wurde uns geäußert, daß vorläufig noch keine Aussicht für die Freigabe des Telephonverkehrs, auch nicht im Ortsverkehr, bestehe. Schöne Aussicht! Nach den letzten Meldungen aus Magdeburg über die allgemeine Lage muß aber doch die Frage erhoben werden: Ist diese Abschneidung unserer Stadt von der Umwelt noch so notwendig und die Schädigung der Geschäftswelt besonders auch durch die Ortssperre im Telephonverkehr noch begründet? Wir glauben das nicht eher, als bis man uns das Gegenteil beweist! Worauf wir vermutlich vergeblich warten werden müssen. Man zeige sich daher verständnisvoll auch für die Erfordernisse und Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und gebe zum mindesten den örtlichen Fernsprechverkehr frei, zumal die amtlichen und militärischen Gespräche überall vorgehen und vorzugsweise behandelt werden in den gegenwärtigen Zeiten.

*

** Feststellungsausschuß für Aufruhrschäden. Im Landratsamt in Halle, Luisenstraße 6, befindet sich ein Feststellungsausschuß. Alle Kreisbewohner, die durch die letzten inneren Unruhen Schäden am Eigentum, Leib und Leben erlitten haben, haben ihre Entschädigungsansprüche innerhalb von drei Monaten an diesen Ausschuß zu richten.

** Abfindungsanträge für wiederverheiratete Kriegerwitwen. Das Hauptversorgungsamt wird die noch vorliegenden Anträge mit der größten Beschleunigung erledigen. Siehe die diesbezügliche Veröffentlichung des Landrats im heutigen Amtsblatt.

** Viehhandelserlaubniskarten. Der Landrat veröffentlicht im heutigen Amtsblatt eine Ergänzung der Liste derjenigen Fleischermeister und Viehhändler, die im Besitz von Viehhandelserlaubniskarten sind.

** Domgymnasium. Am 17. April findet im Dom eine Lutherfeier statt. Zur würdigen Ausgestaltung der Feier singt der Domchor einige Lutherlieder. Die Eltern der Schüler des Domchors werden freundlich ersucht, auf das Inserat in der heutigen Zeitung zu achten.

** Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Halle ist auf den bisher gestörten Strecken in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

** Die Einkommensteuerveranlagung 1920. Veranlage jeder Lohn- und Gehaltsempfänger sich schleunigst selbst für das Jahr 1920! Wie von zuständiger Seite uns gegenüber betont wird, erspart er sich dadurch voraussichtlich erhebliche Kosten. Es dürfen bekanntlich von dem Einkommen aus 1920 in Abzug gebracht werden neben den sonstigen Aufwendungen für die unterschiedlichen Versicherungen usw. auch die Beiträge an kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10 v. H. des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht überschreitet.

** Die ersten Schwalben sind, wie unser G.-Mitarbeiter aus dem Elsterkreise uns schreibt, seit Sonnabend vergangener Woche bei uns eingetroffen und haben besonders in Ställen ihre im Herbst verlassenen Wohnungen unter fröhlichem Gezwitscher wieder aufgesucht. Auch über dem Wasserspiegel von Teichen und Flüssen wurden sie, eifrig nach Insekten haschend, beobachtet. Wenn nun auch eine Schwalbe bei ihrem Kommen noch keinen Sommer macht, so bringen uns doch hoffentlich unsere echten Sommervögel beständige Witterung und den wahren Frühling.

** Deutscher Rennerbund (Ortsgruppe Merseburg und Umgegend). Wie bereits im Anzeigenteil bekannt gegeben, findet am

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0002

morgigen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Ratskeller hierselbst eine Mitgliederversammlung statt. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung und insbesondere auf die Frage der Rentenversicherung, über die ein Fachmann sprechen wird, sollte kein Mitglied versäumen, die Versammlung zu besuchen. Die Mitteilungen zu Nr. 3 der Tagesordnung betreffen hauptsächlich wirtschaftliche Vorteile der Mitglieder und sind daher von besonderer Bedeutung.

*

Der neue Kreisarzt Dr. Kühnlein.

Am 1. April hat der neue Kreisarzt Dr. Kühnlein, bisher Kreisarzt in Wernigerode, sein neues Amt für Stadt und Kreis Merseburg angetreten. Herrn Dr. Kühnlein geht der beste Ruf voraus. Er hat in seinem bisherigen Wirkungskreise sozialpolitisch segensreich gewirkt. In Wernigerode schuf er eine mustergültige Kinderkrippe, die in sozialer und hygienischer Beziehung für in hohem Grade vorbildlich gelten kann. Das gleiche gilt von der Milchküche, die er einrichtete. Wenn man auch für seine sozialhygienischen Bestrebungen nicht überall Verständnis aufgebracht hat, so haben sich doch die erwähnten Sachleistungen sehr bald als vorbildlich auch für andere Kommunen herausgestellt. Die Wernigeroder Bevölkerung verliert in Dr. Kühnlein einen sozialen Praktiker, dem sie vieles verdankt. Wir lesen denn auch im „Wernigeroder Tageblatt" einen herzlichen Scheidegruß, in dem namentlich auch die Sympathien der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen:

„Die pflichttreue Ausfüllung seines Amtes und die eifrige berufliche Tätigkeit ist von der Wernigeroder Arbeiterschaft schon des öfteren dankbar gewürdigt worden." Nach eingehender Darstellung der einzelnen Leistungen des beliebten Arztes schließt das Blatt: „Dr. Kühnlein hat durch seine hervorragende Arbeitskraft und Energie fruchtbare Arbeit geleistet. Das wird ihm die wohlgesinnte Einwohnerschaft nicht vergessen und ihr Dank und ihre herzlichsten Wünsche begleiten den Scheidenden nach seinem künftigen Wirkungskreis."

Wir freuen uns, einen so bewährten Hygieniker mit echtem sozialen Verständnis bei uns begrüßen zu können. Stadt und Kreis bieten seiner Initiative nicht wenige Aufgaben!

*

Alt-Merseburger Stammbuchblatt.

Im „Archiv für Kulturgeschichte" (XIV, 3—4, 1919) findet sich ein auch lokalgeschichtlich interessantes Stammbuchblatt. Es stammt aus der Frühzeit des preußischen Liberalismus. Der damalige liberale Abgeordnete für Merseburg, Keferstein, hat an seinen in der gesamten Fraktion hochverehrten Vorsitzenden Professor Baumstark (Nationalökonom in Greifswald) folgenden originellen Erguß gerichtet:

„Gegen diesen meinen Sola Wechsel zahle ich, an die Person unseres treuen Vorsitzenden Baumstark, zeitlebens treue Anhänglichkeit und Verehrung.

Berlin, den 25. Februar 1850.

Keferstein
für Merseburg."

Vielleicht wissen unsere Lokalhistoriker Näheres über Keferstein und seine Zeit zu berichten? S. B.

*

Mitteilung des Ortskartells Merseburg des Deutschen Beamtenbundes zu der Ortsklasseneinteilung.

Die Beamtenschaft des besetzten Gebietes hat mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge den Antrag gestellt, die Ortsklasseneinteilung vorläufig durch Notgesetz zu regeln.

Die Regierung erklärte sich mit Rücksicht auf die bestehenden Schwierigkeiten bereit, eine Noteinstufung vorzunehmen, wenn die Beamtenschaft zustimme.

Bei den bezüglichen Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurde seitens der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor v. Schlieben und Geh. Rat Kühnemann, erklärt, daß sich die endgültige Einordnung in das Ortsklassenverzeichnis voraussichtlich bis zum Herbst hinziehe. Es ginge jedoch nicht an, die Beamten, besonders in den besetzten Gebieten und Industriebezirken, so lange warten zu lassen.

Materiell wurde folgendes festgelegt:

1. Es werden nur solche Orte in das Notgesetz aufgenommen, bei denen eine Höherstufung schon jetzt feststeht.
2. Nur die Höherstufung wird im Notgesetz Ausdruck finden, die allgemein anerkannt ist, so daß kein Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben sein wird.
3. Das Notgesetz bilde die Grenze nach unten. In der endgültigen Regelung können lediglich Höherstufungen erfolgen.
4. Aber viele Orte werde erst bei der endgültigen Regelung entschieden werden, sie finden im Notgesetz keine Aufnahme.

Die Beteiligung der Beamtenschaft beim Notgesetz hat die Regierung abgelehnt. Zu den endgültigen Verhandlungen werden die Vertreter der Provinzen zugezogen.

In dem Notgesetz ist die endgültige Regelung bis 1. Oktober 1921 als auch die rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 festgelegt.

Die Vertreter der beiden Statistischen Ämter in Berlin lehnen jede Mitwirkung bei der endgültigen Ordnung in das Ortsklassenverzeichnis ab, wenn von irgend einer Seite versucht werden sollte, die Mitarbeit der Beamtenschaft auszuschließen.

*

Unzulässige Reichsnotopferbescheide.

Die Handelskammer Berlin teilt uns mit:

Zahlreiche Beschwerden lassen erkennen, daß in der Erteilung von Reichsnotopferbescheiden durch die Berliner Finanzämter verschiedentlich gegen die zwingenden Vorschriften des Reichsnotopfergesetzes verstoßen wurde und Bescheide erteilt sind, gegen die der Reichsnotopferpflichtige berechtigterweise Einspruch erheben kann. Unrichtige Feststellungen der Reichsnotopferbescheide scheinen hauptsächlich auf Grund folgender, von den gesetzlichen Bestimmungen abweichender Grundsätze erfolgt zu sein:

1. Ansetzung des Betriebsvermögens der reichsnotopferpflichtigen natürlichen Personen und Körperschaften ohne Rechtspersönlichkeit mit 100 Prozent, anstatt mit 80 Prozent, wie es § 19 **des Reichsnotopfersgesetzes vorschreibt. Eine diesbezügliche Dienst**anweisung war unwirksam, da eine Verwaltungsanweisung nicht die Bestimmungen des Gesetzes verletzen kann.
2. Anrechnung eines überschuldeten Betriebsvermögens der unter 1 genannten Reichsnotopferpflichtigen mit 80 Prozent an Stelle der vollen Berücksichtigung der Betriebsschulden (§ 19 Reichsnotopfergesetz).
3. Bewertung von Grundstücken nach dem gemeinen Wert (trotz der Einstellung des Ertragswertes in die Steuererklärung). Dies verstößt gegen den § 18, Abs. 1 des Reichsnotopfergesetzes in Verbindung mit § 152 der Reichsabgabenordnung.

In allen Fällen, in denen die Finanzämter in der oben gekennzeichneten Auslegung gesetzlicher Bestimmungen unrichtige Reichsnotopferbescheide erteilt haben, kann der Steuerpflichtige gegen den Reichsnotopferbescheid Einspruch einlegen. Sofern der Reichsnotopferbescheid nach dem 1. März zugestellt wurde, läuft die Einspruchsfrist bis zum Ablauf eines Monats von dem Zustellungstage an. Zugleich mit der Einlegung des Einspruchs kann nach § 1, Abs. 4 und § 4 der Reichsnotopfernovelle vom 22. Dezember 1920 der Antrag gestellt werden, daß die Einziehung des Reichsnotopfers für den dem Einspruch unterliegenden strittigen Teil des reichsnotopferpflichtigen Vermögens bis zur Erledigung des Einspruchs ausgesetzt wird.

*

Falsche Gerüchte vom Leunawerk.

Keine Epidemien und Standgerichte.

Eine aus Magdeburg vorliegende Meldung besagt folgendes zur Richtigstellung falscher Gerüchte über Epidemien, Standgerichte und Todesurteile im Leunawerk: Die von kommunistischer Seite verbreitete Nachricht, wonach im Leunawerk, in dem noch viele Hunderte von Gefangenen sitzen, Epidemien ausgebrochen und Standgerichte eingesetzt seien, die Todesurteile sprechen und vollstrecken, entbehrt jeder Grundlage. Eine dort eingesetzte Kommission, bestehend aus dem Reichstagsabgeordneten Krüger, Stadtrat Bauer (Merseburg), Major Fendel und Oberarzt Dr. Nagel hat ihr Gutachten dahin ausgesprochen, daß keinerlei Epidemien im Lager vorhanden sind und ebenso kein Standgericht besteht bezw. keine Todesurteile gesprochen wurden.

Über die Frage der

Weiterbeschäftigung sämtlicher 2200 Angestellten

im Leunawerk schreibt der Allgemeine freie Angestelltenbund in Halle folgendes: Es sind Gerüchte im Umlauf, wonach gegen die Angestellten des Leunawerkes irgend welche Maßnahmen wegen ihrer Weiterbeschäftigung ergriffen werden sollen. Nach einer uns von der Direktion heute gegebenen Zusicherung gelten alle Angestellten als beurlaubt unter Fortgewährung ihrer Bezüge. Die Wiederbeschäftigung wird so erfolgen, wie es die Betriebsmöglichkeit des Werkes erforderlich macht. Die Angestellten erhalten in jedem Fall schriftliche Nachricht über den Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit wieder beginnen können.

*

Deutsche demokratische Partei.

Kursus über Auslandspolitik. Dr. Paul Röhrbach wird auf Veranlassung der Deutschen demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung vom 16.—18. April in Leipzig einen Kursus über Auslandspolitik abhalten. Es ist folgender Unterrichtsplan vorgesehen: 16. April: Entstehung des Weltkrieges und Verantwortlichkeit für den Krieg; Schuldfrage. 17. April: Politik und politische Fehler während des Weltkrieges; die Ursachen für den unglücklichen Ausgang. 18. April: Der Friedensvertrag von Versailles; die gegenwärtige Lage Deutschlands; moralische Offensive gegen den Frieden und allgemeine Weltlage. Die Meldung von Teilnehmern ist zu richten an Generalsekretär Ehrich, Geschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Leipzig, Rudolphstr. 4.

Aufruf!

Noch immer behaupten führende feindliche Staatsmänner, Deutschland habe den Weltkrieg gewollt, ihn planmäßig vorbereitet und ihn allein verschuldet. Erst jetzt wieder hat Lloyd George die Forderung erhoben, daß Deutschland seine Schuld bekennen müsse, weil diese Schuld die Grundlage des Versailler Vertrages bilde. Alle Beweise für die Unrichtigkeit des gegnerischen Standpunktes, insbesondere alle Dokumente der zaristischen Vorbereitung des Weltkrieges werden die heute herrschenden Staatsmänner der Entente sicherlich nicht veranlassen, den Versailler Vertrag, dieses Werk machtpolitischen und militärischen Denkens abzuändern. Trotzdem muß der Kampf um die Wahrheit vom deutschen Volke mit aller Kraft aufgenommen und durchgeführt werden. Wir müssen das Ausland davon überzeugen, daß Deutschland mit jedem falschen und einseitigen Schuldurteil schweres Unrecht zugefügt wird. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß, soweit nicht die Unzulänglichkeit des völkerrechtlichen Systems und seiner diplomatischen Methoden, sondern wirkliche Schuld bei der Entstehung des Krieges mitgewirkt hat, die Eifersucht der Großmächte und die allgemein verbreiteten imperialistischen und machtpolitischen Gedankengänge die Entscheidungen grundlegend beeinflußt haben.

Dieses System und diese Anschauungsweise hätte man nach dem Weltkrieg im Wege einer ehrlichen Verständigung beseitigen können. Die Entente hat es anders gewollt und damit zweifelsfrei eine neue Schuld geschaffen.

Wir brauchen auch die Verbreitung der Wahrheit zur seelischen Stärkung des deutschen Volkes. Jeder Deutsche muß wissen, daß der feindliche Imperialismus und Kapitalismus ihm Unrecht zufügt.

Die Deutsche demokratische Partei hält es für vaterländische Pflicht, Aufklärung im In- und Ausland über die Schuld am Kriege zu verbreiten und die immer wiederkehrende falsche Behauptung zurückzuweisen und zu widerlegen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage. Sie hält sich auch im besonderen Maße für berufen und geeignet, diese notwendige Aufklärung und Abwehr zu übernehmen **und durchzuführen. Die Deutsche demokratische Partei hat deshalb** einen besonderen Ausschuß zur Bearbeitung der Schuldfrage geschaffen, der in wissenschaftlich politischen Kursen das gesamte vorliegende Material durcharbeiten, der Öffentlichkeit durch die Presse unterbreiten und nach Möglichkeit an das Ausland heranbringen will.

Die Arbeit soll in keiner Weise parteipolitischen Charakter tragen. Sie soll nicht im Interesse der Deutschen demokratischen Partei, sondern lediglich im Interesse des deutschen Volkes getan werden. Deshalb ist zur tatkräftigen Förderung des Gesamtplanes, wie zur Teilnahme an den Kursen, wie oben mitgeteilt, jeder willkommen, ohne Rücksicht auf seine Parteiangehörigkeit. Parteipolitisch wird es immer Unterschiede geben; aber in der Abwehr des Unrechtes, das dem deutschen Volke zugefügt wird, wollen wir einig sein.

Zustimmungskundgebungen, ideelle und materielle Unterstützungserklärungen und Meldungen zur Teilnahme an den in den verschiedenen Landesteilen einzurichtenden Kursen werden erbeten an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Berlin SW. 11, Bernburgerstraße 18.

Der demokratische Ausschuß zur Bearbeitung der Schuldfrage.
Dr. Hermann Fischer, M. d. R., Köln.
Prof. Dr. Gerland, Jena.
Prof. Dr. Götz, M. d. R., Leipzig.
Dr. Ludwig Haas, M. d. R., Karlsruhe.
Prof. Dr. Jaeckh, Berlin.
General Graf Montgelas, Berlin.
Prof. Dr. Schücking, M. d. R., Berlin.

*

Hausfrauenkalender.

Zwieback für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahren. Ausgabestelle: Fa. Mohr, Gotthardtstraße. Vorher Gutscheine im Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 12/13, abholen.

Ausgabe von Kondensmilch in allen Milchverkaufsstellen und Geschäften an jedermann markenfrei. **Ungezuckerte die Büchse zu 8 ℳ, gezuckerte die Büchse zu 10,50 ℳ.**

*

Wetterwarte.

V. W. am 7. 4. (Donnerstag): Teilweise heiter, meist trocken. Nacht sehr kühl, Reif, am Tage etwas wärmer als Mittwoch. — 8. 4. (Freitag): Abwechselnd heiter und wolkig, keine oder geringe Niederschläge. Nacht sehr kühl, Reif, Tag zunehmende Erwärmung.

---

§ **Lauchstedt**, 6. April. Im Lokalverkehr der Züge zwischen Merseburg—Schafstädt hat sich eine kleine Verschiebung nötig gemacht. So passiert der von Merseburg kommende Personenzug jetzt 2,50 Uhr (bisher 2 Uhr nachmittags) unsere Station. Die Abfahrtszeit des letzten Zuges nach Merseburg (bisher 4,32 Uhr) ist auf 5,13 Uhr nachmittags verlegt.

§ **Lützen**, 6. April. Der Gesamtumsatz der Stadtsparkasse im Monat März betrug 6 451 910,18 ℳ (gegen 4 451 506,38 ℳ des Vorjahres), wovon 869 084,19 ℳ auf Spareinlagenverkehr und 2 270 558,18 Mark auf Scheckverkehr entfallen.

§ **Schkeuditz**, 6. April. Auf dem Hausboden seines Grundstückes, Hallesche Straße 13, erhängt aufgefunden wurde der Landwirt Wilhelm Hecht.

g. **Lochau**, 6. April. Vertretungen. Durch Eintritt in den Ruhestand des ersten Lehrers, Kantor Schröder, machen sich mit Beginn des neuen Schuljahres Vertretungen nötig. Der Küster- und Organistendienst ist dem bisherigen zweiten Lehrer, Barkowsky, übertragen worden, welcher mit dem dritten Lehrer, Schäge, bisher im Behinderungsfalle des Kantor Schröder vertretungsweise den Unterricht leitete. Zu diesen beiden Lehrkräften soll noch ein jüngerer Lehrer treten, welcher von der Regierung bestellt wird. Die definitive Besetzung der ersten Lehrerstelle erfolgt am 1. Oktober 1921. Das neue Schuljahr begann gestern. Ostern haben 24 Konfirmanden die Schule verlassen und eine gleiche Anzahl Schulneulinge wird wieder eintreten.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Freyburg a. U.**, 6. April. Zuwendung für Jahns Sterbezimmer. Von Frau verw. Paul geb. Basta in Bitterfeld wurde der Deutschen Turnerschaft eine Reihe Möbelstücke aus dem Besitze des Altmeisters für sein Sterbezimmer überwiesen, darunter das Sterbebett des Turnvaters. Die Spenderin war bis zum Tode der Frau Jahn in deren Haushalt tätig. Auch Geheimrat Dr. Albanus ist eine Überweisung zu danken. Mit der würdigen Ausstattung der historischen Stätte ist ein lange gehegter Wunsch der Turnerschaft in Erfüllung gegangen, der es von je ein Ärgernis war, daß der Raum bisher als Spiel- und Kneipzimmer dienen mußte.

Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahl im Kreise Querfurt.

Der Wahlausschuß hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 26. März festgestellt, daß im Wahlbezirk Querfurt für die Wahl zur Landwirtschaftskammer am 20. März insgesamt 2919 gültige Stimmen abgegeben worden sind. Davon entfallen auf den Wahlvorschlag Schierwagen 867 Stimmen, auf den Wahlvorschlag v. Helldorff 1939, auf den Wahlvorschlag Lange 113 Stimmen. Hiernach entfallen auf Wahlvorschlag Schierwagen 1 Sitz, auf Wahlvorschlag v. Helldorff 3 Sitze, auf Wahlvorschlag Lange kein Sitz. Gemäß der eingereichten Wahlvorschläge sind sonach als Mitglieder zur Landwirtschaftskammer gewählt: 1. Schierwagen, Franz, Landwirt, Schönewerda; 2. v. Helldorff, Heinrich, Landrat a. D., Kreisbauernmeister, Baumersroda; 3. Wolf, Hermann, Landwirt, Wetzendorf; 4. Bergner, Theodor, Gutsbesitzer, Braunsdorf.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.
Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Das erste Ehejahr.

Roman von Ruth Goetz.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war nicht denkbar, daß sie sich nun hinsetzte und arbeitete. Aber er hatte nicht den Mut, zu ihr hineinzustürmen, sie in die Arme zu ziehen und sie mit der Macht seiner unglücklichen Liebe zu zwingen, sein Geständnis anzuhören.

Renate saß eine kurze Weile, sie schrieb mit fliegender Hast einige Worte auf das Papier. Ein Abschiedswort an Lohe, von dem sie nicht ohne Gruß gehen wollte. Einen Dank für die treue, selbstlose Freundschaft, die er ihr gegeben.

Noch überlegte sie, ob sie ihm das Vertrauen schenken sollte, um ihm zu sagen, weshalb sie ging. Aber da stand der Vormittag beschämend vor ihrer Erinnerung, als sie aus Liebe zu ihrem Mann bei dem anderen gebettelt hatte. Aus betrogener, verratener Liebe.

Eilig schloß sie den Brief.

Dann wurde es still.

Otto klopfte schüchtern an die Tür. „Renate", bat er. Sie ließ ihn nicht vergebens rufen, sie öffnete und stand im Rahmen.

Der Mann stürzte auf die Frau zu. Renate wehrte ab. „Nicht, Otto, sei verständig, lege dich zu Bett, schlafe einige Stunden."

Er sah sie an, als spräche sie im Fieber. „Und was tust du, Renate?"

„Ich bin nicht . . . ich habe einiges zu ordnen. Ich will einige Stunden ungestört sein. Du aber hast Ruhe nötig, dann gehe früh, ganz zeitig hinaus auf das Werk, fange gleich an, und wenn ich recht behalten habe" . . . Sie schauderte, sie bedeckte die Augen mit den Händen.

„Aber ich will lieber meinen Glauben an die Menschheit verlieren, als dich länger unglücklich sehen." Mit erstickter Stimme sagte sie: „Lebe wohl!"

Sie reichte ihm die Hand und ging.

Renates Worte hatten seine bedrückte Seele mit einer Unruhe erfüllt, die seine Gedanken zerriß. Es war mitten in der Nacht, als er von Hause fortging, um auf das Walzwerk zu eilen. Er trennte sich heute schwerer als sonst von seinem Heim. Die seltsamen Worte seiner Frau tönten noch in seinem Ohre nach, er hörte ihre erstickte Stimme, mit der sie ihm „Lebe wohl" sagte. Fast wäre er auf dem Wege noch einmal umgekehrt, ihr noch einen Kuß auf die schlafenden Augen zu drücken. Tausend Vorsätze wurden lebendig in ihm, und er dachte mehr daran, wie er sie wieder versöhnen sollte, als an die unglückliche Erfindung. Nicht wie immer schritt er aufrecht dahin. Er schämte sich der häßlichen Szene, und wie er einst Zorn gegen Renate empfunden, wenn sie ihm einen Plan durchkreuzen wollte, so stieg das Gefühl des Hasses gegen Malwe in ihm empor. Er hielt den Kopf gesenkt, als wolle er den erwachenden Tag nicht schauen. . . .

Sein Gang galt zuerst dem Walzwerk. Die weißen Bogenlampen blendeten sein Auge, da er lange in der Dunkelheit gewandert war. Die Arbeit stand hier nicht eine Minute still, während drüben die neuen Walzenstraßen im tiefsten Dunkel lagen. Nur eine kurze Zeit hielt Otto sich auf, und ein rasendes Gefühl des Neides, der Wut und Verzweiflung befiel ihn, als er sah, wie die Walzen arbeiteten, wie langsam aus den gelbglühenden Blöcken die Schienen entstanden. Auf der Fertigwalze, in der die Schienen ihre letzte Bildung durchmachten, durch den Fertigstich zur Vollendung geführt wurden, kamen immer neue Gebilde heraus, bewegten sich auf Rollen zu der dahinter liegenden Schere, damit der noch glühenden Schiene das gefranste Ende abgeschnitten wurde und sie die richtige Länge erhielt.

Otto beobachtete, wie sie endlich zum Warmlager gebracht wurden, damit sie hier erkalteten und, nachdem sie gerichtet und gestutzt waren, durch die elektromagnetischen Krane zum Stapelplatz geführt wurden.

Das ging alles glatt und selbstverständlich vor sich. Nur sein Werk trotzte, bäumte sich auf. Er zitterte im plötzlichen Frost, wie Renates Verdacht wieder durch sein Hirn zuckte.

Schnell, als gelte es, die Minute zu wahren, wandte sich der Erfinder den Büroräumen zu.

In einem besonderen Raume waren alle Modelle der Erfindungen untergebracht, mit denen Menschengeist die Einrichtungen der Hütte zu verbessern gestrebt.

Otto holte sein Modell heraus, betrachtete es mit zärtlichen, fast liebevollen Blicken. Es hatte so lange in seinem Hause gestanden, so viel von den Worten vernommen, die er während der harten Arbeitszeit mit seiner Frau gewechselt, hatte ihre liebliche Stimme klingen gehört. . . . Es war ihm wie ein treuer Bekannter. Zahl um Zahl schrieb er auf, rechnete noch einmal nach, ob er sich nicht geirrt hatte, und dann ließ er erschöpft den Stift sinken. Eine Unruhe, die er sich nicht zu enträtseln wußte, trieb ihn in sein Arbeitszimmer.

Die Tagschicht hatte inzwischen begonnen, und in dem Büro traf er Weinhold damit beschäftigt, sich eine Zigarre anzustecken. . . . Wie er des jungen Assistenten ansichtig wurde, legte er sein Gesicht in gewohnheitsmäßig bekümmerte Falten.

Eine Minute fragte er sich, ob der Vorgesetzte von dem Zusammentreffen im nächtlichen Park etwas wisse. . . . Aber er verneinte sich die Frage. Das sah Malwe nicht ähnlich, hier in dem Kreise der Verwandten zu erzählen, was sie an Abenteuern erlebte.

„Nun, Herr Storm", fragte Weinhold, „gibt es etwas Neues?"

Otto zögerte. Er war nahe daran, den Verdacht gegen Halmer auszusprechen, aber er besann sich noch in der letzten Minute, und er rief rasch:

„Nein, noch nicht. Aber ich habe, wenn mich nicht alles trügt, einen Lichtblick."

Der Dampf der Zigarre durchströmte den Raum, in dem das elektrische Licht einen milden Schimmer ergoß, und erfüllte ihn mit einem gewissen Behagen. Otto steckte sich auch eine Zigarre in Brand und fragte:

„Haben wir die Zeichnungen hier, nach denen auf dem Werk gearbeitet worden ist? Sind die Vorlagen, nach denen die Schablonen der Walzen gemacht wurden, bei uns im Schrank?"

Weinhold war erstaunt. „Die Zeichnungen sind überflüssig", sagte er gedehnt. „Die Zeichnungen sind schon in Ordnung."

Otto wurde ungeduldig, wie immer, wenn er einen Widerstand fühlte. „Ich muß sie aber sehen", sagte er, „ich habe meine besonderen Gründe."

Eine Handbewegung des Betriebsingenieurs deutete nach der anderen Seite des großen Zimmers.

„Die liegen wohlverwahrt im Schrank, die hat Herr Halmer eingeschlossen, sie gehören in sein Arbeitsgebiet."

Da stand der Verdacht nun auch in Otto auf, machte ihn unruhig, raubte ihm die Besinnung.

„Ist Halmer noch hier?" fragte er. „Es ist ja schon zwanzig Minuten nach der Zeit."

Weinhold stieß den Dampf in vollen Zügen aus. „Halmer bleibt heute fort, er hat um einen Tag Urlaub gebeten; er fängt auch bereits an, sich hier abzuschuften. Ein tüchtiger Kerl, Storm, ein treuer Freund, er meint es sehr gut mit Ihnen."

In dem Lichte, in dem Otto den anderen sah, schien ihm die Auffassung Weinholds unsagbar albern. Aber er besann sich. Er schalt sich schon wieder in der nächsten Sekunde. Er wollte ihn nicht verurteilen, bevor er keinen Beweis in den Händen hielt. Und wenn er es auch beinahe gewünscht, daß der Fehler durch die Heimtücke eines anderen entstanden sein sollte, er glaubte ja nicht daran. Eine innere Stimme sagte ihm, daß Renates Worte einer übergroßen Zärtlichkeit entsprungen waren.

Er sammelte seine Gedanken: „Wenn Halmer den Schlüssel hat, dann breche ich den Schrank auf." Und es sah beinahe aus, als wollte er sogleich damit beginnen, wie er seine Hände in das Holz der Tür krallte.

„Nicht so ungestüm", mahnte Weinhold, „außerdem hätte es keinen Zweck, diese Türen geben nicht nach."

Otto saß vor seinen Tisch, aber er rührte den Stift nicht an. Alles, was er bisher getan, was er sich vorgenommen, zu ändern, zu prüfen, war ihm unwichtig, da er die Hauptsache noch nicht ergründet hatte.

Er mußte also bis morgen warten. Es war entsetzlich schwer, die Ungeduld zu meistern. Allerhand Überlegungen gingen ihm durch den Kopf. Sollte er zu Lohe gehen, ihn fragen, ob er diese Möglichkeit bereits erwogen? Sollte er einen Schlosser holen, der ihm die Türen öffnete?

Draußen auf der neuen Walzenstraße war er heute nur wenige Augenblicke zu sehen. Man vermißte ihn anscheinend auch nicht, und die neuen Arbeiter, die Meister walteten auf der alten Walzenstraße ihres Amtes.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärt. Blättern.

Gestorben.

Theodor Pohle (69 J.), Granschütz; Emil Hecht (40 J.), Tagewerben; Rich. Schütze, Großcorbetha; Emil Schmidt (32 J.), Kleingöhren; Franz Ritzschke (37 J.), Weißenfels; Hugo Heß, Roitzschen; Julie Spiller, Mücheln; Wwe. Pauline Renz geb. Brauer (66 J.), Lützen; Marie Kuhno geb. Häun, Weißenfels; Lina Zimmermann geb. Werfel (26 J.), Weißenfels; Lieschen Eisenhut (8 J.) Lunstedt; Lina Kloß geb. Hering, Uichteritz.

Geboren.

Steuer-Inspektor Ernert, Weißenfels, 1 S.

Verlobt.

Frieda Fugmann u. Erich Hätzscholdt, Weißenfels; Gertrud Möller u. Walter Köllmann, Roßbach und Merseburg; Helene Bartmuß und Ernst Eichardt, Großcorbetha u. Gniebendorf; Martha Winter u. Oswald Beyer, Großprießtigk u. Domsen; Margarete Rudolph u. Franz Walter, Roßbach u. Dessau; Minna Schenk und Karl Müller, Goseck.

Vermählt.

Walter Löbling u. Frida geb. Kurzhals, Weißenfels.

Grauer Pinscherhund
wird Freitag, den 8. April vormittags 11 Uhr im Hofe **Burgstraße 3** meistbietend gegen Barzahlung versteigert. V. 16186/20.
Der Magistrat.

Möbl. Zimmer
für einen oder zwei ältere anständige Herren gesucht Ang. u. 3766 a. d. Exp. d. Bl.

2 ältere, ruhige Staatsbeamte suchen
möbl. Zimmer.
Sonntags nicht anwesend. Ang. u. 3762 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer
gesucht bei älteren Leuten oder Witwe. Angeb. unter 3761 an die Exp. d. Bl.

Besseres kinderl. Ehepaar sucht möbl. Schlafzimmer
mit Kochgelegenheit. Ang. unt. 3764 a. d. Exp. d. Bl.

Geb. j. Kaufmann sucht
möbl. Zimmer.
Ang. u. 3730 a. d. Exp. d. Bl.

In gutem Hause
ein schön möbl. Wohn.- u. Schlafzimmer
gesucht. Preis Nebensache. Ang. u. 3746 a. d. Exp. d. Bl.

Junger anständiger Herr sucht sofort **möbl. Zimmer.**
Angeb. unt. 3767 an die Exped. d. Bl.

Junger Mann sucht per 1. Mai
1–2 leere od. möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. Werte Ang. u. 3742 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer oder Schlafstelle gesucht.
Ang. u. 3768 a. d. Exp. d. Bl.

Jung, anständ., saub. Herr
sucht möbl. Zimmer oder Schlafstelle.
Ang. u. 3757 a. d. Exp. d. Bl.

Junger, alleinstehender Herr sucht
anständige Schlafstelle.
Ang. u. 3760 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungs-Tausch.

4 Zimmer-Wohnung i. Sorau, N.-L., tauscht gegen ähnliche in Merseburg baldigst. Ang. unt. 3681 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch
von Halle nach Merseburg. Suche meine Vier-Zimmer-Wohnung in Halle gegen eine 3–5-Zimmer-Wohnung in Merseburg zu tauschen. Näheres Vorwerk 11.

Jeden Posten
alte Zeitungen
kauft auf
Geschäftsstelle d. „Merseburger Korrespondent".

Für die uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.

Merseburg, den 6. April 1921.

Paul Heese und Frau
Marta geb. Bretschneider.

Für alle uns anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst.

Merseburg, den 6. April 1921.

Bernhard Krehahn u. Frau
Hanna geb. Hagemann.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen so zahlreich dargebrachten Beweise herzlicher Teilnahme sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 5. April 1921.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Familie Richard Kahl.

Wagen-, Maschinen- und Geräte-Auktion.

Sonnabend, den 9. d. Mts.,
vormittags ½ 10 Uhr
versteigere ich im „Thüringer Hof", hier, infolge Geschäftsveränderung des Auftraggebers öffentlich meistbietend gegen bar:
2 Tafelrollwagen, 25 und 50 Ztr. Tragkraft, ein Flaschenbierwagen, passend auch für Bäckermeister, 1 Halbverdeck, 1 Häckselmaschine, fast neu, eine Schrotmühle, 1 Knochenmühle, 1 Kartoffeldämpfer, 1 Flügelpumpe, 1 Saftpresse, 1 eiserner Kessel, ein Futterkasten, 1 Pferdegeschirr, 5 Pferdedecken, sowie 1 Kanonenofen, 1 Tisch, 2 Kopierpressen, 1 Regenmantel, 1 Hoflampe (Gas) und verschiedenes anderes Haus- und Wirtschaftsgerät. Besichtigung 1 Std. vor Beginn des Verkaufs.
Albert Franke, beeid. Auktionator.

Haus- oder Geschäftslokal
welches sich für **Konditorei u. Kaffee eignet** zu kaufen oder zu pachten gesucht. Angebote unter 3740 an die Exped. d. Bl.

Wanderer-Fahrräder
Brennabor-Fahrräder
Opel-Fahrräder
zu billigsten Preisen
Gustav Engel Söhne
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Tel. **203.**

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz, sowie großes Lager
eichener und kieferner Pfosten-Särge
Metall-Särge
Sarg-Magazin von **O. Scholz Ww.**
Inhaber Gebr. Scholz
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Reinhold Schmidt,
Sand 34 Glashandlung **Sand 34**
empfiehlt
Fensterglas
im Ausschnitt und in ganzen Kisten zu billigsten Tagespreisen, sowie
Pa. Leinölfirniskitt und Glaserei-Bedarfsartikel.

Für 12.— Mk.
werden von mitgebrachten Stoffen sauber und schnell
Korsette
angefertigt, desgl. Reparaturen u. Korsettwäsche, sowie Büstenhalter, Hüftenformer, Leibchen, Gürtel usw.
Ch. Asche, Karlstraße 34, Kellerwhg.

Das **neue Modell** der
Kappel
Schreibmaschine ist **unerreicht!**
Verblüffende Neuerungen! Federleichter Anschlag!
Allein-Vertreter
Rich. Vormeyer, Halle a. S.,
Telephon 4538. Beesenerstr. 17.
Spezial-Reparatur-Werkstatt f. Schreibmaschinen.

Wohltätigkeits-Abend
zugunsten des Christianen-Waisenhauses
am Mittwoch, den 13. April, abends 7 Uhr, im Saale des „Tivoli",
veranstaltet von der
Gesellschafts-Vereinigung Merseburg E. V.
dargestellt von
Mitgliedern des Halleschen Stadttheaters.

Mitwirkende:
Frl. Elisabeth Schwarz, Opernsängerin,
Frl. Irma Grawi, Schauspielerin,
Herr Aug. W. Roesler, Opernsänger,
Herr Kapellmeister L. Schönbach.
Ritter-Piano.

Vortragsfolgen im Vorverkauf zu Mk. 5.—, einschl. Steuer, bei Zigarrengeschäft **Pfautsch,** Gotthardtstr., Drogerie **Atzel,** Entenplan und Kaufmann **Hesse,** Neumarkt.

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtepferden.

Neuer schwarzer Damenhut billig zu verkaufen
Breite Str. 15, I. l.

1 Paar neue Lackschuhe
(Gr. 37), weil zu groß, schicke Form, preisw. zu verkaufen
Kleine Sixtistr. 16.

Eine schw. Tuchhose
zu Gesellschafts-Anzug zu verk. Gr. Sixtistr. 11, 1 Tr.

Guterh. Kinderwagen
zu verkaufen Sixtiberg 29.

Ein eleganter Kinderwagen (Pettigrohr), sowie ein Paar **weiße Damen-Halbschuhe,** einmal getrag. preiswert zu verkaufen
Seitenbeutel 5, 1 Tr.

Verkaufe Sonnabend v. 11 Uhr ab im Thüring. Hof
1 Feder-Tafelwagen
(pass. für Obster.) Gerlach.

1 Handwagen,
4 Ztr. Tragkraft, zu verk.
Friedrichstr. 16.

Treibriemen
v. Dolffs & Helle, Braunschweig
Bedeutende Ledertreibriemen-Fabrik

Ein gut erhaltenes
Damen-Fahrrad
ist zu verkaufen
Meuschau Nr. 22.

Ein Schreibsekretär
zu verk. Ober Breite Str. 24.

Eine gut milchende Ziege mit 2 Lämmern
zu verkauf. Neukirchen 21. Nachzufragen vormittags 8–11 Uhr oder Sonntag.

Eine Ziege mit 2 Lämmern
zu verk. Gr. Ritterstr. 12.

4–5 Zentner gute Thüringer Saatkartoffeln u. einen neuen Kleiderschrank hat abzugeben
Roth, Kolonie Rössen
Kurze Gasse 8.

2 Bergziegen
mit 4 Lämmern stehen zum Verkauf Creypau Nr. 11.

1 gut milchende Ziege mit 2 Lämmern
zu verk. Neumarkt 10.

Wachsamer Hund
zu verkaufen
Damaschkestr. 27.

Um allen Irrtümern vorzubeugen,
teilen wir hierdurch mit, daß wir in folgenden Orten unsern „Merseburger Korrespondent" durch eigenen Botendienst verbreiten lassen:

Atzendorf	Milzau
Bischdorf	Möckerling
Blösien	Möritzsch
Bündorf	Mücheln
Burgstaden	Netzschkau
Dörstewitz	Neu-Biendorf
Dürrenberg	Neumark
Eptingen	Neu-Rössen
Fährendorf	Niederbeuna-Dorf
Frankleben	Niederbeuna-Kolonie
Gaswerk-Baracken	
Geusa	Nieder-Kriegstedt
Groß-Gräfendorf	Oberbeuna
Groß-Kayna	Ober-Kriegstedt
Günthersdorf	Pretzsch
Holleben	Raschwitz
Horburg	Reipisch
Keuschberg	Rössen
Klein-Gräfendorf	Schadendorf
Klein-Kayna	Schafstädt
Knapendorf	Schkopau
Kötschau	Schladebach
Kötzschen	Schotterey
Kötzschlitz	Spergau
Krakau	Strößen
Kriegsdorf	Tragarth
Lauchstedt	Wallendorf
Lennewitz	Wegwitz
Leuna-Dorf	Zöbigker
Leuna-Werke	Zorbau
Löpitz	Zöschen
Lössen	Zscherneddel
Lützkendorf	

In alle übrigen Ortschaften des Kreises und weiter darüber hinaus bringt der **Postbote** unsere Zeitung in vielen Exemplaren.

Der Merseburger Korrespondent
ist darum das Bindeglied zwischen Stadt und Land und infolge seiner hohen Auflage, die diejenige aller im Kreise Merseburg hergestellten Zeitungen zusammengenommen um ein Mehrfaches an Abonnentenzahl übertrifft, das Erfolg verheißende Reklamefeld des Kaufmanns.

Kaufmännischer Verein.
Heute abend 8 Uhr
Versammlung
im Tivoli.
Besprechung wichtiger Steuerfragen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Casino. Sonntag, den 10. April d. Js., **2. Stiftungsfest**
des Mandolinen-Vereins Merseburg.
Von 3 Uhr an **großes Mandolinenkonzert**
(Leitung: Vereinsdirigent **Hub. König.**)
Von 6 Uhr an **Festball**
bei erstklassiger, flotter Salon-Musik.
Neueste Gesangsschlager.
Eintritt für Konzert u. Ball 3.00 inkl. Steuer.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Genossenschafts-Schuhfabrik G. m. b. H. Weißenfels
empfiehlt ihre in nur prima Lederausführung hergestellten
Schuhwaren zu Fabrikpreisen.

Ia Rindbox-Herrenstiefel	Paar 147.00 M.
Ia Rindbox-Herrenarbeitsstiefel	Paar 132.00 M.
Ia Rindbox-Damenstiefel	Paar 140.00 M.
Ia Rindbox-Damenhalbschuh	Paar 117.00 M.
Ia Sportbox-Knabenstiefel. Nr. 36-39,	P. 122.00 M.
Ia Rindbox-Knabenstiefel, Nr. 36-39,	Paar 132.00 M.
Ia Rindbox-Kinderstiefel	Paar 70.00—92.00 M.

Muster können im Arbeitersekretariat Merseburg, Weißenfelserstraße 6, angesehen werden.

: Bad : Helios Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne aufgenommen.

Hochtrag. Färse
steht zum Verkauf
Tragarth Nr. 2.

Glucke mit Küken
zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

5 kleine Gänse
zu verkaufen
Meuschau Nr. 26.

2 Schock Schippenstiele u. einige Fuhren Spreu
gibt ab Creypau Nr. 8.

Empfehle von heute abend
frische Rindskaldaunen.
E. Baumann,
Gotthardtstraße 30.

Rhabarber und Spinat,
täglich frisch, empfiehlt auch für Wiederverkäufer
A. Trebst, Entenplan 3,
Fernruf 475.

Gemüsepflanzen
aller Art empfiehlt
A. Trebst,
Nordstr. 2, Entenplan 3.

Elektro-Motoren
Beleuchtungskörper
Fahrräder-Nähmaschinen-Ersatzteile
Reparaturen und Neuanlagen
P. Geheb, Oelgrube 15
Telephon 274.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Mitesser
Pickel, Mitesser, Blüten, verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Magenleidende
lass. sich sofort Magenpulver „Lewas" send. Ganz vorzügl. bewährt u. ärztl. empf. bei **Verdauungs-, Magenbeschwerden, Darmträgheit, Sodbrennen, Magensäure, Blähungen, Aufstoß., Uebelkeit, Appetitlosigk. etc.** Preis 1 Schacht. M. 8,- vorzügl. Kur (4 Teile) M. 26,-. Apth. Grebe Laborat. Berlin 144, S.W. 61.

Überall
wo schnell eleganter Hochglanz erzielt werden soll, verwendet man den altbewährten Schuhputz
Pilo
Alleiniger Hersteller: Adolf Krebs, Mannheim.
Verlangen Sie überall Pilo-Extra
(friedensmässig hergestellt.)

Mod. Transmissionen sof. lieferbar, Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Kriegerwitwen!
Wir suchen für unsere Werksküchen und andere Betriebe eine Anzahl **Kriegerwitwen,** die in Merseburg oder näherer Umgebung Wohnung haben.
Schriftliche Meldungen mit Adressen-Angabe an die **Kantinen-Verwaltung** des Werkes erbeten.
Badische Anilin- & Soda-Fabrik
Ammoniakwerk Merseburg.

Domchor.
Zwecks Einübung einiger Chöre für die Feier am 17. April im Dom werden die ortsanwesenden Schüler des Domchors aufgefordert, sich morgen, **Donnerstag,** den 7. 4., in der Aula des Lyzeums einzufinden. Die Uebung beginnt für Sopran und Alt um 4 Uhr, für Tenor und Baß um 5 Uhr nachm.
Der Domchordirigent.

Volkssingakademie
Merseburg.
Beginn der **Uebungsstunden Donnerstag, den 7. April,** abends 8 Uhr.
Die Leitung d. V. S. A.

Freitag, den 8. April 7½ Uhr abds. **Monatsversammlung** im „Strandschlößchen".
Sonntag, den 10. April **Wanderung** Burgstaden, Oberkriegstedt, Schafstädt (15 km). Abmarsch 1⁵⁰ von Blancke-Werke (Roter Brückenrain).

C. Demme, Naumb. Str. 33.

Schuhreparaturen
aller Art werden schnell und billig ausgeführt
Hugo Rettinger,
Johannisstr. 1, pt.

Wer wäscht Familienwäsche?
u. lief. sie schrankfert. ab. Off. u. 3751 an die Exp. d. Bl.

Klavierspieler (evtl. auch f. Harmonium) f. einige Abende frei. Ang. u. 3759 a. d. Exp.

Junger Musiker (Violine ggf. auch Cello) **sucht** Stellung. Gefl. Angebote unter 3758 an die Exp. d. Bl.

15 jähr. junges Mädchen
mit sämtlichen Hausarbeiten vertraut, sucht Stellung in besserem Haushalt, wenn möglich in Merseburg. Ang. unt. 3763 a. d. Exp. d. Bl.

Kegeljunge
gesucht **Goldene Kugel.**

Büroträulein
anstelle des erkrankten zur Aushilfe gesucht.
Kreislandbund,
Hallesche Str. 9.

Fleiß. ordentl. Person zum Ausbessern
gesucht
Naumburger Str. 29, II. l.

Ein ordentliches
Dienstmädchen
wird sofort gesucht
Meuschau Nr. 47.

Ein anständiges Hausmädchen
gesucht.
Städt. Krankenhaus.

Tüchtiges Hausmädchen,
auch im Kochen erfahren, für sofort bei gutem Lohn gesucht. Näheres
Lauchstedter Str. 21, pt.

Ein älteres, tüchtiges
Mädchen
zum 15. April gesucht. Zu melden Domstr. 8, 1 Tr.

Suche zum 1. Mai
ordentl. Mädchen
nicht unter 16 Jahren.
A. Juckoff, Neumarkt 21.

Aufwartung für vorm. gesucht
Breite Str. 15, I, l.

Zwerg-Rehpinscher, schwarz-braun, entlaufen.
Gegen Belohnung abzug. bei Feit, Meuschauer Mühle.

Verloren
am Sonntag von Meuschau nach Merseburg ein **Perltäschchen.** Inhalt 2 Portemonnaies und ein Stubenschlüssel. Bitte selb. geg. Bel. abzug. Näh. i. d. Exp. d. Bl.

Warnung!
Das Betreten des gesamten Hohendorfer Holzes, das Pflücken von Blumen und das Sammeln v. Brennesseln im Holze selbst ist streng **verboten.** Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.
Der Vorstand des Ziegenzuchtvereins Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 79. | Mittwoch den 6. April 1921. | 47. Jahrg.

Die Wohnungsfrage als Kernfrage der deutschen Zukunft.

Das wirtschaftliche Leben Deutschlands ist wieder angekurbelt. Nun gilt es aber, die verschiedenen Hemmnisse zu beseitigen, die sich der Neuentwickelung unseres Wirtschaftslebens immer wieder in den Weg stellen. Das Hauptshemmnis besteht — darüber kann gar kein Zweifel sein — in der Wohnungsfrage. Dieses Problem ist in Wahrheit das Kernproblem der deutschen Zukunft. Wird die Wohnungsfrage zur Zufriedenheit erledigt, so werden in Verbindung damit auch gleichzeitig eine Reihe anderer Fragen gelöst werden können, die von dieser Frage nicht zu trennen sind. Es sei nur auf die innere Kolonisation und auf die Erwerbslosenfürsorge hingewiesen. Was bis jetzt aber in der Wohnungsfrage getan worden ist, ist — da muß ganz offen geredet werden — nichts anderes als *lümmerliches Flickwerk*. Was nützt all der behördliche Zauber mit den Wohnungsämtern und mit sonstigen Bestimmungen? Das alles ist nur ein Fortwirteln von heute auf morgen. Uns fehlt der große Plan und der richtige Mann, der diesen Plan zur Ausführung bringt. In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen überaus wertvoll, die gerade jetzt der Direktor des Wohnungsamtes Berlin, Dr. de Laporte, veröffentlicht hat. Dr. de Laporte ist selbst Fachmann und ist auch selbst offen genug, um zuzugeben, daß so, wie bisher gearbeitet worden ist, nicht weitergearbeitet werden kann, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Wir haben Wohnungsämter, die zwar Kleinarbeit leisten mögen, die aber der großen Frage nicht auf den Leib rücken können. Wir haben Reichssiedlungs-Gesetze, die dem Volke fremd geblieben sind, und wir haben noch mancherlei anderes, das hier und da kleine Erfolge erzielt hat, das aber die ganze Sache nicht weiterbringen kann. Dr. de Laporte's Plan greift an die Wurzel. Er ihn will vorgesehen eine *großzügige Landsiedelung*, die mit allen Mitteln betrieben werden muß und betrieben werden kann, denn wir können nach den Schätzungen von landwirtschaftlichen Sachverständigen *noch einige Millionen Bauernfamilien auf dem Lande ansiedeln*, die wirklich produktive Arbeit leisten können, die uns Nahrungsmittel schaffen. Ist eine ländliche Siedelung in großem Stil in Gang gebracht, dann kann die städtische Neubautätigkeit ebenso großzügig angefaßt werden. Selbstverständlich darf bis dahin die Bautätigkeit in den großen Städten nicht ruhen. Wir müssen uns aber darüber klar werden, daß ein Teil der deutschen Exportindustrie infolge des Friedensvertrages lahmgelegt wird. Hier könnte eine Vogelstraus-Politik nur den größten Schaden stiften. Der Ausfall gewisser Teile der Exportindustrie wird aber ausgeglichen, wenn die Bauindustrie voll beschäftigt wird. Geschieht das, so ist der belebende Einfluß auf alle anderen Gewerbe so groß, daß ernste wirtschaftliche und soziale Gefahren abgewendet werden können. Des Pudels Kern ist indessen die Beschaffung der nötigen Gelder. Auch da darf nur großzügig vorgegangen werden. Um Geld zu schaffen schlägt Dr. de Laporte vor, eine Bank, entweder eine Reichs- oder eine Privatbank, als Baubank auszustatten, die nach dem Muster der Darlehenskassenscheine Bau-Darlehensscheine an die Bauluftigen abgibt. Dadurch wird gewiß die Papier-Inflation gesteigert, aber was besagt das gegen den ungeheuren Vorzug, daß Millionen von Erwerbslosenunterstützungen weniger gebraucht werden. Wie wir hören, beschäftigt man sich in leitenden politischen Kreisen bereits sehr ernsthaft mit diesen Anregungen, und es kommt nun darauf an, daß ein Mann gefunden wird, der dafür sorgt, daß diese Pläne nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Einen solchen Mann, der natürlich ein Fachmann sein muß, zu finden, dürfte nicht schwer fallen. Er muß gefunden werden, denn die Wohnungsnot in Verbindung mit den übrigen wirtschaftlichen Nöten ist so groß geworden, daß Mittelchen nicht mehr helfen. Rettung und Hilfe kann nur die Ausführung eines einheitlichen großdurchdachten Planes bringen.

Die Lage im Reiche.

Der Schutz der Eisenbahnen.

Reichsverkehrsminister Gröner hat sich bekanntlich in einem Aufruf an die deutschen Eisenbahner gewendet, in dem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Eisenbahner die Behörden bei der Bewachung und Sicherung der Eisenbahnen und technischen Einrichtungen unterstützen würden. Dieser Erlaß ist offenbar von einigen Stellen mißverstanden worden und hat bereits zu Erörterungen innerhalb der großen Organisationen der Eisenbahner geführt. Man ist in Kreisen der Eisenbahner der Ansicht, daß *der Staat allein die Aufgabe hat*, mit seinen Machtmitteln die ihm gehörigen Einrichtungen zu schützen. In den nächsten Tagen werden über diese Frage Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden. Es ist anzunehmen, daß die Eisenbahnerorganisationen sich nicht auf den oben angegebenen Standpunkt stellen, sondern bestrebt sein werden, auch ihrerseits an der Sicherung der Eisenbahnanlagen mitzuwirken.

Die Sicherung der Eisenbahnanlagen und die Eisenbahner.

Berlin, 6. April. Reichsverkehrsminister Gröner hat sich in einem Aufruf an die deutschen Eisenbahner gewendet, in dem er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Eisenbahner die Behörden bei der Bewachung und Sicherung der Eisenbahnen und technischen Einrichtungen unterstützen würden. Dieser Erlaß ist offenbar an einigen Stellen mißverstanden worden und hat bereits zu Erörterungen innerhalb der großen Organisationen der Eisenbahner geführt. Man ist in Kreisen der Eisenbahner der Ansicht, daß der Staat allein die Aufgabe hat, mit seinen Machtmitteln die ihm gehörigen Einrichtungen zu schützen. In den nächsten Tagen werden über diese Frage Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden. Es ist anzunehmen, daß die Eisenbahnerorganisationen sich nicht auf den oben angegebenen Standpunkt stellen, sondern bestrebt sein werden, auch ihrerseits an der Sicherung der Eisenbahnanlagen mitzuwirken.

Freie Bewirtschaftung des Tabaks.

Der Reichswirtschaftsminister hat, wie aus Bremen gedrahtet wird, nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern des Tabakgewerbes die gebundene Wirtschaft im Tabakgewerbe vom 1. Juli 1921 ab aufgehoben.

Aus führenden Kreisen der Tabakindustrie wird hierzu mitgeteilt, daß der Markt der Industrierzeugnisse dadurch nicht berührt werde und daß, was für den Raucher schließlich das Wichtigste ist, der Preis der Zigarren und Zigaretten durch die Einführung der freien Wirtschaft weder erhöht noch vermindert, sondern unberührt bleibe, weil er fast ausschließlich von der Höhe der Steuern abhängt. Solange diese nicht herabgesetzt werden, seien auch niedrigere Preise für Tabakerzeugnisse nicht möglich.

Tschechische Deutschenbedrückung im Hultschiner Ländchen.

Ratibor, 5. April. Der „Oberschlesische Anzeiger" meldet: Die Bedrängung der Deutschen im Hultschiner Ländchen zieht weitere Kreise. Die Bezirkshauptmannschaft in Hultschin läßt alle, die bei der letzten Volkszählung sich als Deutsche bekannten (es sind dies etwa 90 Prozent der Bewohner) ortschaftsweise vorladen und zwangsweise durch die Gendarmerie vorführen. Auf die Vorgeladenen wird mit Drohungen eingewirkt, daß sie sich nachträglich als Tschechen ausgeben sollen. Die Mehrzahl hält jedoch an dem Bekenntnis zum Deutschtum fest. Die Bezirkshauptmannschaft verhängt gegen alle, die dabei bleiben, Deutsche zu sein, Geldstrafen von 200 bis 500 Kronen oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen. Die tschechische Regierung bezweckt damit aus innerpolitischen Gründen, die Deutschenzahl künstlich geringer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich ist, da sie anscheinend fürchtet, daß nach dem für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnis in Oberschlesien vom Völkerbund noch nachträglich Abstimmungen im Hultschiner Ländchen angeordnet werden könnten.

Ein englischer Kreuzer im Hamburger Hafen.

Hamburg, 6. April. Gestern morgen nach 7 Uhr kam der englische Kreuzer „Caris Ford" die Elbe herauf nach Hamburg und machte am Schuppen 19 fest.

Deutsch-englische Verhandlungen über die Handelsmarine.

Paris, 5. April. Die deutschen Vertreter sind gestern in London eingetroffen, um die verschiedenen Fragen zu erörtern, die sich auf die Übergabe der deutschen Handelsmarine beziehen. Es ist wahrscheinlich, daß die endgültige Entscheidung der von Deutschland übergebenen Schiffe auf dieser Konferenz beschlossen werden wird.

Schmückung deutscher Kriegergräber zu Pfingsten in Frankreich.

Berlin, 6. April. Der Volksbund Deutsche Kriegergräberfürsorge, E. V., ist in der Lage, zu Pfingsten deutsche Kriegergräber auf etwa 40 Friedhöfen in Frankreich und Belgien mit Blumen oder grünen Zweigen schmücken zu lassen. Die in Frage kommenden Friedhöfe werden in dem Mitte April erscheinenden Aprilheft der Bundeszeitschrift, die bei allen Postämtern unter dem Titel „Kriegsgräberfürsorge" bestellt werden kann, bekanntgegeben werden.

Verurteilungen in Oberschlesien.

Oppeln, 6. April. Vor dem interalliierten Sondergerichtshof in Oppeln fand gestern der Prozeß gegen die verantwortlichen Redakteure deutscher Zeitungen in Oberschlesien statt, die die Meldung über die angebliche Schließung der Warschauer Börse veröffentlicht hatten. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu 5000 Mark Geldstrafe und zu Gefängnisstrafen von 8—15 Tagen.

Oppeln, 6. April. Der Generaldirektor der Hohenzollerngrube Hübner, in dessen Unternehmen seinerzeit Waffen gefunden worden waren, wurde gestern von dem interalliierten Sondergericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Protest gegen die Verurteilungen.

Kattowitz, 6. April. Der Verband der Oberschlesischen Presse erhebt gegen das gestern gegen die deutschen Redakteure gefällte Urteil schärfsten Protest mit der Begründung, daß bisher kein polnisches Blatt von der interalliierten Kommission verboten worden ist, noch besten Redakteure zur Verantwortung gezogen worden sind.

Deutschland.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Äußerst kritisches Stadium der Verhandlungen.

Berlin, 6. April. In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der preußischen Regierungsfrage beschäftigte, wurde laut „Vorwärts" zum Ausdruck gebracht, daß die bisher geführten interfraktionellen Besprechungen keine neuen Tatsachen ergeben hatten, die Anlaß dazu gaben, von dem früher gefaßten Beschluß der Fraktion, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen. Da Zentrum und Demokraten weiter an ihrem Standpunkt festhalten, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit mehr vorhanden sei und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteiengruppierung des Reiches in Preußen zu versuchen, entschieden ablehnen, so kann es, wie das „Berl. Tageblatt" betont, keinem Zweifel unterliegen, daß die ganzen Verhandlungen in ein äußerst kritisches Stadium geraten sind.

Der Preußische Landtag

tritt am Donnerstag den 7. April, nachmittags 2 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung stehen eine große Anzahl kleinerer Anträge. Interessant ist, daß die Wahl des Ministerpräsidenten nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Die Ausnahmegerichte im Reichstag.

Die Verordnungen aus Ende März 1921, durch die der Belagerungszustand über Hamburg, Sachsen und die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster verhängt worden ist, sowie diejenige vom 29. März 1921 nach der außerordentliche Gerichte über die am Kommunistenputsch Beteiligten eingesetzt werden, sind dem Reichstage zugegangen. Die Unabhängigen haben einen Antrag eingebracht nach dem diese Verordnungen aufgehoben werden sollen. Der Antrag wird, wie die „Freiheit" mitteilt, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstags nach den Osterferien gesetzt werden. Da, wie bisher, nicht bestritten worden ist, namentlich auch die Verordnung über die Ausnahmegerichte von der preußischen Regierung gebilligt worden ist, und der bekanntlich die Mehrheitssozialdemokratie beteiligt ist, kann man sich auf eine recht unfreundliche Aussprache zwischen den beiden sozialistischen Parteien gefaßt machen. Die „Freiheit" bläst schon zur Attacke, sie schreibt: „Rechtssozialisten tragen die Verantwortung, daß gegen die Kapp-Rebellen nichts unternommen worden ist, Rechtssozialisten sind verantwortlich, daß gegen mißleitete Arbeiter Rachejustiz geübt worden ist."

Bernstorff über die auswärtige Politik.

In einer großen Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei in Stuttgart sprach der demokratische Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff über die zukünftigen Aufgaben der deutschen Auswärtigen Politik. Er verlangte, daß durch eine Politik der Ideen Fühlung mit den andern Ländern genommen werde. Das deutsche Volk habe aufgeatmet, als in London gegenüber den Diktaten zum ersten Male ein „Nein" gesprochen worden sei. Ein „Zurück" dürfe es nun nicht mehr geben. Die Erneuerung des Nationalgefühls sei notwendig, es dürfe sich aber nicht geräuschvoll austoben, sondern ruhig und entschlossen müsse es sich in Opferfreudigkeit äußern.

Petersen über die Frage der Schuld am Kriege.

Der stenographische Bericht der Reichstagsverhandlung vom 17. März 1921, in der die Frage der Schuld am Kriege ausgiebig besprochen worden ist, ist jetzt endlich erschienen. Es ist sehr viel geredet und aneinander vorbeigeredet worden. Dr. Petersen führte aus: Der Fluch, der auf der Behandlung dieses Problems liegt, ist der, daß eine Frage, die im Interesse der Stellung Deutschlands gegenüber der Welt objektiv behandelt werden muß, jedesmal zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung zwischen Parteien wird. Der Abg. Breitscheid hat darin Recht, daß bei Herbeiführung des Zustandes des Krieges im Juli 1914 auf seiten der deutschen Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden sind. Aber auch auf der andern Seite sind solche intellektuellen Fehler in der Nichtverhinderung dieses Krieges vorgekommen. Man sollte eigentlich denken, daß Pflicht jedes deutschen Abgeordneten ist, er man unabhängig oder deutschnational sein, in diesen Fragen bedes hervorzuheben. Es heißt aber meiner Meinung nach auch eine falsche Stellung einnehmen, wenn man das, was die deutsche Regierung in der Geschichtsperiode vor dem Weltkriege getan hat, als eine moralische Schuld betrachtet und bezeichnet. Auch in dieser Zeit sind viele Unbesonnenheiten, Unklarheiten und wechselnde Stellungen bei der Regierung vorgekommen. Aber der Wunsch des jungen Deutschen Reiches, zur Weltmeltung zu kommen, war nicht moralische Schuld, jedenfalls nicht im höheren Maße moralische Schuld, als es „moralische" Schuld Englands war, allein die Herrschaft zur See behalten zu wollen, als es „moralische" Schuld Frankreichs war, für 1870/71 Revanche zu nehmen, „moralische" Schuld Rußlands, auf dem Balkan die Alleinherrschaft zu erzwingen, „moralische" Schuld von Italien und Rumänien, während des Krieges dem „sacro egoismo" zu folgen. Wenn Herr Breitscheid sagt, daß das Streben nach der Weltgeltung mit allerlei fehlerhaften Maßnahmen, über die wir einig sind, eine „moralische" Schuld ist, warum sagt er nicht auch von dieser Stelle aus, wo er der Entente etwas sagen und von ihr gehört werden will, daß die angeführten Tendenzen bei den Ententemächten in dem Jahre vor dem Kriege gleichfalls eine „moralische" Schuld darstellen.

Eine neue Neunruhigung des Zeitungsgewerbes.

Zu der in unserer Montagsausgabe veröffentlichten Mitteilung über den Beschluß des Reichskabinetts, die Bewirtschaftung des Zeitungsdruckpapiers mit Wirkung ab 1. April aufzuheben, möchten wir das Folgende ergänzend und teilweise berichtigend nachtragen:

Der Nachrichtendienst des Reichskabinetts ist vom größten Teil der deutschen Tageszeitungen mit Bestürzung aufgenommen worden.

Rettet die deutschen Kriegergräber!

Von Philipp Schmitt-Cochem.

Fern in fremden Landen schlummern Tausende und Abertausende deutscher Teilnehmer des verflossenen fünfjährigen Krieges, die ihre Treue zur Heimat mit dem Tode vor dem Feind besiegelt haben, ob freiwillig oder gezwungen als Schützer unseres Volkes und Vaterlandes. Und wenn wir einmal in Besinnung darüber nachdenken, dann sehen wir im Geiste erschüttert jene deutschen Heldenstätten vor unseren Augen. Unerreichbar liegen sie vor uns, hinter einer Welt von Feindeshaß, der aufs stärkste fortlebt. Die Einsamkeit und Verlassenheit jener deutschen Heldenriesenhöfe erbricht uns schier. Viele von diesen Grabstätten sind unbedeckt geblieben, die anderen bedürfen der einsetzenden und dauernden Pflege, diele bedürfen überhaupt noch der Sicherung und Erhaltung. Während der Kriegszeit waren die Heeresverwaltung wie auch die treue Kameradschaft stets bemüht, die großen und kleinen Grabstätten zu sichern und zu erhalten und ihnen den möglichen Schmuck zuteil werden zu lassen. In der Heimat selbst sorgten Heeresverwaltung, Gemeinden und treue Angehörige für die Herrichtung und die schmückende Ehrung der Kriegerfriedhöfe. Hier konnten und wurden die Ruhestätten der gefallenen und geliebenen Krieger würdig ausgestattet, im Zusammenarbeiten von Behörden, Allgemeinheit und Angehörigen. Ein jeder vertraute dieser Ehrung der deutschen Kriegergräber.

Nun aber ist der Krieg vorbei, und wie steht es nun mit der allgemeinen und dauernden Fürsorge für die deutschen Kriegergräber? Es steht *sehr schlecht* mit ihr! Denn die große Organisation, die von der Heeresverwaltung während des Krieges für die Anlage, den Ausbau und den Schmuck unserer Kriegergrabstätten ins Leben gerufen wurde, ist aufgelöst worden. Die Behörden, die darnach und jetzt mit diesen Arbeiten betraut worden sind, haben aus bekannten Ursachen fast *keine Mittel* für die Pflichterfüllung zur Verfügung. So bedauerlich dies ist, aber die Tatsache muß festgestellt werden.

Was ist nun zu tun? Sollen die Ruhestätten der deutschen Krieger der Vergessenheit anheimfallen, wie es in dem irrsinnigen Taumel und wilden Geschehen unserer Zeit zu werden scheint? Nein, das kann und darf unter keinen Umständen der Fall werden! Dieses Armutszeugnis über Pietät und Wissgefühl darf sich das deutsche Volk nicht ausstellen! Deutsches Volk, vergiß deine treuen Kriegstoten nicht; ehre die letzten Ruhestätten deiner Helden und Dulder! So wie es dem deutschen Empfinden entspricht: „Treue um Treue!" Eure Herzen zucken und krampfen sich im Schmerz zusammen bei diesen Worten und eure Blicke verdunkeln sich. Haltet euch jene Heldenruhestätten des deutschen Volkes vor Augen und ihr werdet eure Hände zur Hilfe bei der Ehrung gern hinreichen. Der Beweis eurer Sorge ist da: Nach den amtlichen Mitteilungen werden die Stimmen aus unserem Volke, die bei den Behörden nach dem Schicksal unserer Kriegergräber fragen, immer zahlreicher. Und immer dringender werden die Mahnungen aus unserem Volke, über all den Pflichten und Ereignissen der Tage, über all dem oberflächlichen Taumel unserer Zeit den Schutz und die Pflege der Ruhestätten unseres großen schlafenden Heeres deutscher Helden und Kriegsteilnehmer nicht zu vergessen! Großes und Schönes ist getan worden, unglaublich mehr aber bleibt noch zu tun, damit ein jedes deutsche Kriegergrab geschützt, gepflegt und geschmückt werden kann, damit ihm die Ehre zuteil wird, die ihm gebührt; die wir alle ihm schuldig sind. Tausende von Menschenherzen denken täglich schmerzlich daran. *Vergeßt uns nicht, bie wir für Euch unser Leben hingaben!* Das ist die tägliche Mahnung, die von den ungeschirten, unvollendet gebliebenen und dauernder Pflege bedürfenden Grabstätten der gefallenen deutschen Brüder zu dem deutschen Volke kommt.

Wie können und sollen wir alle nun bei der Ehrung der deutschen Kriegergräber helfen? Außer Stiftungen und dem Wege der Gemeinhilfe durch Spenden von Veranstaltungen usw. sei hier ein besonderer Weg empfohlen, der sich durch

die Gedenkmünze für unsere Gefallenen zur Ehrung der deutschen Kriegergräber

bietet. Der Weg ist von der Abteilung Kriegergräberfürsorge des Reichsministeriums des Innern, der jetzt diese wichtige und große Aufgabe des Schutzes und der Ehrung der deutschen Kriegergräber zugefallen ist, beschritten worden. Sie hat eine Gedenkmünze anfertigen lassen, die von jedermann erworben werden kann und deren Reinerlös für die Erfüllung der Ehrenpflicht verwendet wird. Durch die Vermittlung der Staatlichen Beratungsstelle für Kriegerehrungen kann ich hier auch gleich die Gedenkmünze den Lesern beschreiben. Sie zeigt folgende beiden Bilder in Originalgröße:

Die Gedenkmünze ist eine Schöpfung des bekannten Bildhauers Prof. Hermann Holaeus in Berlin. Sie ist von dem Künstler in der Originalgröße, unter Umgehung der maschinellen Verkleinerung nach einem großen Vorbild, geschaffen worden. Das Bild der Gedenkmünze liegt im einfachen und volkstümlichen Sinne eines Soldatenliedes und knüpft auch an das Lied „Ich hatt' einen Kameraden". Die Vorderseite zeigt einen Feldsoldaten, der sich Zweige für ein Kränzlein pflückt, den letzten Schmuck für das Kameradengrab. Alle, die da draußen und in der Heimat ihre Treue zum Vaterland mit dem Tode besiegelten, hatten wir als Kameraden in dem Kampfe um unser Dasein, und alle sollen wir ehren! Allen sollen wir einen Kranz auf ihr gesichertes Grab legen und ihre Ruhestätten pflegen! Auf der Rückseite befindet sich die Anerkennung für die Opferwilligkeit derer, die die Gedenkmünze erwerben und dadurch zur Bereitstellung der Mittel beitragen: „Am Schmuck der Ruhestätten unserer Tapfern half, wer dieses Ehrenzeichen nahm". Wohltuend, bescheiden und dabei volkstümlich und seelenvoll ist das kleine Kunstwerk. Dadurch, daß die Gedenkmünze in Eisen gegossen — nicht geprägt — ist, erhält der Erwerber ein Original, das über dem maschinell hergestellten Massenstück steht.

Den Vertrieb der Gedenkmünze hat die Staatliche Beratungsstelle für Kriegerehrungen, Abteilung Denkmäler, in Berlin NW. 6, Luisenstraße 30, übernommen. Er geschieht unter der Aufsicht des Reichsministeriums des Innern, und ist dadurch alle Gewähr für reellen Vertrieb gegeben. Von der Staatlichen Beratungsstelle für Kriegerehrungen zur Ehren der Gefallenen und Kriegergräber beim Reichsamt des Innern zugeführt. Der Preis von 5,— M ist auch ohne den besonderen edlen Zweck ein sehr mäßiger zu nennen, denn die Denkmünze kann auch als Schmuck verwendet werden.

Wenn nicht die weitesten Kreise unseres Volkes mit ihrer Hilfe einspringen, stehen wir vor der Tatsache, daß bei der bedrängten Lage, in der sich das Reich selbst befindet, die Erhaltung und Pflege der letzten Ruhestätten unserer treuen gefallenen Vaterlandsverteidiger eingestellt werden und unterbleiben muß. Und das darf auf keinen Fall eintreten. Dann würden wir nur mit dem sonstigen nutz- und sinnlosen Verpulvern von Geld an Vergnügungsstätten und bei sonstigen Gelegenheiten blutigen Hohn auf die Ehrenstätten unserer Krieger häufen, und wir wären nicht wert, Deutsche zu heißen. Darum erwerbe jeder anstelle sinnloser Vergnügungs- und Luxusausgaben die Gedenkmünze zur Ehrung der deutschen Kriegergräber! Darum entfalte man allenthalben eine rege Werbetätigkeit, damit alle, die heute in der Lage sind, diesem Rufe folgen und bei der Ehrung der deutschen Kriegergräber durch den Erwerb der Denkmünze helfen! Sie wird uns, wenn wir sie als Schmuck an der Uhrkette, am Halsketchen oder sonst tragen oder aufheben, stets an unsere Treue- und Ehrenpflicht gemahnen. Erwerbe jeder sobald wie möglich die Gedenkmünze für unsere Gefallenen und zur Ehrung der deutschen Kriegergräber von der Staatlichen Beratungsstelle für Kriegerehrungen in Berlin NW. 6, Luisenstraße 30. Eile tut not, denn es besteht Gefahr!

Auf, rettet und ehret die deutschen Kriegergräber!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0005

Die Bewirtschaftung des Zeitungsdruckpapieres ermöglichte bisher eine Kontrolle der Papierproduktion sowie der Verteilung und Preisgestaltung durch die Organe der Verbraucher, der deutschen Zeitungsverleger. Hat sich die Reichsregierung Garantien dafür gesichert, daß nach Wegfall dieser Kontrolle durch die Verbraucherkreise nicht an Stelle der bisherigen Zwangsbewirtschaftung durch das Reich, bei der immerhin der Einfluß der Verbraucher zur Geltung gebracht werden konnte, eine Willkürwirtschaft des festgeschlossenen Ringes der Papierfabrikanten treten wird? Dies müßte im Interesse der Allgemeinheit unbedingt verhindert werden, denn wenn die Fabrikanten nach der Aufhebung der Reichsbewirtschaftung ihre bisher befolgte Preispolitik fortsetzen, dann ist mit Sicherheit eine Katastrophe für einen großen Teil der deutschen Tageszeitungen vorauszusagen.

Das Befinden der Kaiserin.

Amsterdam, 5. April. Die Ärzte, die die Kaiserin behandeln, erstatteten heute folgenden Krankheitsbericht: Der Zustand der Patientin verschlimmerte sich langsam. Das körperliche Befinden war in den letzten Tagen wieder etwas schlechter. Es ist hauptsächlich der vortrefflichen Pflege der Familie und der Schwestern zu verdanken, daß die Patientin heute noch am Leben ist.

Provinz und Nachbarländer.

† **Halle**, 5. April. Die Firma Gebr. Wege, Halle a. S., Schillerstraße 1, konnte am 1. April d. Js. auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

Nur ein Todesfall an Schlafkrankheit.

Aus Halle wird gemeldet: In der Universitätsklinik sollen von zehn an Schlafkrankheit leidenden Personen acht gestorben sein. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen; es ist bisher nur eine Person gestorben. Es handelt sich nicht, wie von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, um die in früheren Jahren mehrfach erwähnte Schlafkrankheit. Die Bezeichnung wird in letzter Zeit auch vielfach auf eine im Gefolge der Grippe auftretende entzündliche Erkrankung des Gehirns, die sogen. Gehirngrippe angewandt.

Ermäßigung der Gaspreise in Weißenfels.

Eine seltsame Botschaft erreicht uns aus Weißenfels: Im Einvernehmen mit dem Magistrat werden mit Ablauf der jetzt im Gange befindlichen Ablesung bis auf weiteres beträchtlich ermäßigte Preise für das im Stadtgebiet zum Verkauf gelangende Gas erhoben werden. Das Gaswerk geht bei der Ermäßigung von der Absicht aus, einen größeren Kundenkreis zu gewinnen, weil ein erhöhter Absatz selbstverständlich auch einen billigeren Gaspreis möglich macht. Es ist anerkennenswert, daß die Leitung des Werkes diese volkswirtschaftlich richtige und notwendige Einsicht zugunsten der Bevölkerung in die Praxis umsetzt.

Steuerblüten in Sangerhausen.

Sangerhausen, 6. April. Der Bezirksausschuß zu Merseburg hat, nachdem die hiesige Stadtverordnetenversammlung durch die Regierung aufgelöst worden ist, zur Deckung der Ausgaben der Stadtgemeinde Sangerhausen für das Rechnungsjahr 1920 die Erhebung nachstehender Zuschläge genehmigt: 2000 Prozent der Grundsteuer, 1800 Prozent der Gebäudesteuer, 1300 Prozent der Gewerbesteuer, 200 Prozent der Betriebssteuer.

Merseburg und Umgegend.

6. April.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Doppeltes Beschwerderecht gegen Wohnungsbeschlagnahme.** Gegen die Beschlagnahme von Wohnungen gibt es ein doppeltes Beschwerderecht, einmal an die Kommunalaufsichtsbehörde und dann an das Mieteinigungsamt. Die Komunalaufsichtsbehörde muß über Beschwerden entscheiden, die ihrem Vorbringen nach ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes ist deshalb so lange auszusetzen, als derartige Beschwerden anhängig geworden und noch nicht erledigt sind. Ausgenommen bleiben nur Fälle, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß erhebliche Nachteile für das Gemeinwesen entstehen würden. Damit die Aussetzung erfolgen kann, muß das Wohnungsamt Kenntnis von der Beschwerde haben. Der Minister für Volkswohlfahrt hat deshalb sämtliche Regierungspräsidenten ersucht, von der Einlegung solcher Beschwerden das Wohnungsamt sofort in Kenntnis zu setzen und so schnell wie möglich die Beschwerden zu entscheiden. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat das Recht, die Gemeindebehörde zum Bericht über die Wohnungsbeschlagnahme aufzufordern und deren Akten einzusehen.

** **Die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter.** Wie wir hören, hat der Reichsarbeitsminister eine neue Verordnung über die Beschäftigung der Schwerkriegsbeschädigten entworfen; darin wird bestimmt, daß die gesetzlichen Bestimmungen, nach denen eine Kündigung Schwerkriegsbeschädigter erst wirksam wird, wenn die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat, bis zum 1. April 1922 verlängert wird. Neu ist ferner, daß die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle nicht versagt werden soll, wenn der Arbeitgeber seiner Einstellungspflicht nach Mindestzahl und Art genügt hat und an den freiwerdenden Arbeitsplatz einen anderen Schwerkriegsbeschädigten stellt, der in ähnlichem Umfang, wie der bisherige arbeitsbeschränkt ist. Die Zustimmung soll ferner nicht versagt werden bei Betrieben, Verwaltungen und Büros des Reiches, der Länder und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die auch zunächst oder dauernd wesentlich eingeschränkt werden müssen.

g. **Aus dem Landkreise Merseburg**, 5. April. Die Frühjahrsbestellung ist stetig vorwärts geschritten, so daß die Halmfruchtbestellung durchweg als beendet gilt, und jetzt im Mittelpunkt der Arbeiten die Zurichtung der Äcker für die Rübenbestellung steht. Bei der bisher andauernden Trockenheit setzen sich der Ausführung derselben erhebliche Schwierigkeiten entgegen, so daß ein ergiebiger Regen allseitig erwünscht und nötig ist. Auch ist derselbe für einen regelmäßigen Aufgang des ausgestreuten Samens sowie für eine gedeihliche Entwickelung der Wintersaaten ein unbedingtes Erfordernis, weil verschiedentlich Roggen an Aussehen zu wünschen übrig läßt, während Weizen, Klee und Raps die Trockenheit verhältnismäßig besser überwunden haben; aber auch diese Früchte bedürfen der Niederschläge. Auch die Wiesen haben ein graues, unerquickliches Aussehen und haben zur Entwickelung des Grasansatzes dringend Niederschläge nötig.

§ **Niederclobicau**, 5. April. Der Ortspfarrer Superintendent Siebert tritt am 1. April in den wohlverdienten Ruhestand, nachdem er lange Jahre in strengster Pflichterfüllung sein geistliches Amt verwaltet hat.

§ **Lauchstedt**, 5. April. In der Stadtverordnetensitzung am Dienstag stand als einziger Punkt die Steuernachforderung für 1920 auf der Tagesordnung. Die Aufsichtsbehörde hat 400 Prozent Zuschlag zur Gewerbe- und Gebäudesteuer, 600 Prozent zur Grundsteuer und 200 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer genehmigt. Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften sollen die gestaffelten Grundsteuersätze (400 bis 1500 Prozent) noch einmal erhoben werden.

§ **Schkeuditz**, 2. April. Der Preis für elektrischen Strom zu Kraftzwecken beträgt vom 1. April ab 1,40 ℳ pro Kilowattstunde. — Zu dem festgesetzten Steuersatz für die Ausübung eines Wanderlagerbetriebes ist ein Zuschlag von 25 Prozent festgesetzt worden.

§ **Schkeuditz**, 4. April. In der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag wurde der Etat der Fortbildungsschule auf 69 490 ℳ festgesetzt. Der Etat des Arbeitsnachweises balanziert mit 18 335 ℳ. Eine neue Vorlage setzt die Zuschläge auf die Grundsteuer auf 2000, auf die Gebäudesteuer auf 400 und auf die Gewerbesteuer auf 750 Prozent fest. Die geplante Gebäudesteuer belastet mittlere Wohnungen im Werte von 500 ℳ mit 20 ℳ. Dieser Betrag kann nicht auf die Mieter abgewälzt werden. Im Zusammenhang damit wurde die nächste Vorlage über die Erhebung einer Nachtragsumlage zu den Realsteuern 1920 angenommen. Der Etat der Sparkasse wird im Voranschlag genehmigt, die eingesetzte Summe für Botengänge auf 20 000 ℳ erhöht und die Erhöhung des Zinsfußes für aus der Sparkasse geliehene städtische Gelder abgelehnt. Eine Durchberatung des Etats für die Kämmereikasse erübrigt sich. Es wird vorläufig ein Kredit von 300 000 ℳ bewilligt, damit der Magistrat im neuen Geschäftsjahre wirtschaften kann.

§ **Schkeuditz**, 5. April. Nach 29jähriger Tätigkeit im hiesigen Forstrevier trat Hegemeister Damm am 1. April in den Ruhestand. Als Hegemeister Damm die Försterei Schkeuditz übernahm, widmete er sich neben den ständigen Betriebsgeschäften und den damit verbundenen schriftlichen Arbeiten folgenden Zielen: Die durch den Wald führende Verkehrsstraße bestand aus einem schmalen, nicht ausgebauten Wege mit schmalen, sehr defekten Holzbrücken. Durch Abtrieb des Hochbestandes zu beiden Seiten des Weges, Ausschachten und Auffüllen wurde der Weg um 4 Meter verbreitert und chaussiert und dadurch eine wirkliche Verkehrsstraße geschaffen. 200—300 Arbeiter haben die Arbeiten ausgeführt. In den folgenden Jahren wurden die große Holz-Luppebrücke und sämtliche schmalen, sehr defekten Brücken ersetzt. Die Wirtschaftswege im Forstrevier wurden ausgebaut und die Brücken erneuert. Die Ufer der Flüsse lagen stark im Abbruch, starke Bäume lagen in den Flüssen. In einem Zeitraum von 25 Jahren wurden die Ufer der Flüsse teils mit Holz und Faschinen, teils mit Steinen befestigt, so daß Abbrüche nicht mehr vorkommen können. Bei Ausführung der Freikulturen wurde der Feld-Zwischenbau in großem Maßstabe eingeführt, wodurch bei den Kulturen ein gutes Wachstum hervorgerufen wurde. Die staatliche Regierung hat denn auch mit besonderem Dank und Auszeichnung für die dem Staat mit Fleiß und Pflichttreue geleisteten langjährigen Dienste nicht gekargt.

Vermischte Nachrichten.

* **Sieben Schwerverbrecher entkommen.** Ein Bericht aus Landsberg a. d. Warthe meldet: Aus dem hiesigen Gefängnis entsprangen 7 schwere Verbrecher und entkamen.

* **Raubüberfall auf einen Arzt.** Aus Bottrop (Westf.) wird gemeldet: Auf der Landstraße Osterfeld—Bottrop wurde nachts das Auto eines hiesigen Arztes von Strolchen in räuberischer Absicht überfallen. Zwischen dem Autoführer und den Räubern entspann sich ein Feuergefecht. Es wurden etwa fünfzig Schüsse gewechselt. Schließlich schlugen sich die Angreifer seitwärts in die Büsche.

* **Riesenbrandschaden in einer Zigarrenfabrik.** In der Nacht zum Montag wurde durch Großfeuer die Zigarrenfabrik Gebr. Dernart in Groß-Steinheim bei Hanau fast vollständig zerstört. Der Schaden ist bedeutend. Er wird auf etwa ¾ Millionen Mark geschätzt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Durchgebrannter Kassierer.** Wie das „B. T." aus Braunschweig meldet, ist nach Unterschlagung und Fälschungen in Höhe von einer halben Million Mark der bei der Braunschweiger Landschaft beschäftigte Kassenassistent Meineke flüchtig geworden.

* **Aufträge für die Besatzungstruppen des Rheinlands.** Der Reichsschatzminister hat, wie dem Hansa-Bund mitgeteilt wird, die Reichsvermögensverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet angewiesen, bei der Vergebung von Aufträgen für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen das Gewerbe des besetzten Gebietes bei angemessenen Preisangeboten im bevorzugten Maße zu berücksichtigen.

Ein ungeheurer Dorfbrand.

Sundhausen bei Donaueschingen, 5. April. (WTB.) Das 600 Einwohner zählende Dorf Sundhausen steht seit gestern mittag in Flammen. In wenigen Stunden sind 30 Häuser, darunter Rathaus und Schulhaus, niedergebrannt.

Freiburg i. Br., 5. April. (WTB.) Der verheerende Brand, der die Schwarzwaldgemeinde Sundhausen traf, ist durch spielende Kinder verursacht worden und war durch den herrschenen Wassermangel begünstigt. Viele Bewohner sind obdachlos. Menschen sind offenbar nicht ums Leben gekommen.

Großer Waldbrand durch Unvorsichtigkeit.

Augsburg, 5. April. Ein großer Waldbrand durch Unvorsichtigkeit einer Wandervogeltruppe beim Abkochen entstand in den großen Waldungen von Aystetten, wodurch in unglaublich kurzer Zeit die große Fläche von 20 Tagwerk zwölfjähriger Fichtenwald völlig vernichtet wurde. Der Schaden beträgt über eine halbe Million Mark. Der Brand konnte nur mit größter Anstrengung gelöscht werden. Die Urheber des Brandes entflohen und beteiligten sich an der Löschung des Brandes nicht.

Ein Verbrecher im Kampf getötet.

Frankfurt a. M., 5. April. Der wegen Ermordung eines Gendarmen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte 33jährige Arbeiter Pott ist vor einigen Monaten aus dem Zuchthaus Lichtenberg entsprungen und trieb sich seitdem in Oberhessen und in Frankfurt herum. Seit einigen Tagen hielt er sich in einem Hause in Frankfurt auf, wo er durch zwei junge Burschen versteckt gehalten wurde. Als Beamte den Ausbrecher festnehmen wollten, schoß er auf sie; die Beamten erwiderten das Feuer und töteten Pott durch einen Schuß.

Ein Schwerverbrecher in Mannheim erschossen.

Mannheim, 5. April. Eine wilde Schießerei spielte sich gestern mittag in der Neckarvorstadt ab. Der Schlosser Koch, ein wegen schwerer Verbrechen verfolgter Mensch, hatte sich auf den Speicher eines Hauses der Pumpwerkstätte geflüchtet und eröffnete von da aus ein lebhaftes Feuer auf die das Haus umstellende Polizei und das Publikum. Als nach zweistündiger Belagerung das Feuer aufhörte, drang die Polizei in den Speicher ein, fand aber Koch nur noch als Leiche vor. Ob er sich selbst getötet hat oder erschossen worden ist, ist noch nicht aufgeklärt. Von der Polizei wurde nur ein Mann verwundet.

Schweres Bergwerksunglück in Frankreich.

Paris, 5. April. Nach einer Meldung des „Matin" aus Marseille ist in einer Kohlengrube in Trely in der Gemeinde Robiac im Departement Gard eine Explosion schlagender Wetter erfolgt, bei der 14 Bergleute ihren Tod fanden.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Montag in Zürich **9,32½ Centimes**, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,07½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark **4,70 Cents** bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,05 Cents bedeutet. — Für 100 französische Francs wurden am Montag in der Schweiz 40,45 Francs (Vortag 40,30 Francs), in Holland 20,30 Gulden (20,25 Gulden) und in New York 6,97 Doll. (7,00 Doll.) bezahlt. In London bezahlt man am gleichen Tage für 1 Pfund Sterling 55,95½ französische Francs (vorher 56,14½ französische Francs).

= **Preisherabsetzung für Elektromotoren.** Die im Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie zusammengeschlossenen Firmen haben die Teuerungszuschläge für Elektromotoren bis 100 KW. von 485 Prozent auf 430 Prozent herabgesetzt. Die Herabsetzung erfolgte besonders auf Drängen zweier Berliner Großfabrikanten hin. Sie wird, wie die „Berl. Börsen-Ztg." erfährt, angesichts der fast unveränderten Preise der wichtigsten deutschen Rohstoffe und des stetigen Anziehens der Notiz für Elektrolytkupfer von weiten Kreisen der Hersteller als ausgesprochene Kampfmaßnahme betrachtet.

= **Erhöhung der Zementpreise.** Die Reichsstelle für Zement teilt mit, daß mit Wirkung ab 1. April vorbehaltlich der Entscheidung durch das Reichswirtschaftsministerium infolge der Erhöhung der Kohlenfrachten eine Erhöhung des Höchstpreises von Zement um 90 ℳ für 10 000 Kilogramm eintritt. Eine weitere Erhöhung des Lieferpreises des rheinisch-westfälischen Zementverbandes tritt mit Wirkung ab 1. April 1921 ein, da auch die Frachten für Sendungen von Zement eine Erhöhung von 60 Prozent erfahren haben. Außerdem wird die Erhöhung des Kohlenpreises eine entsprechende Erhöhung der Zementpreise nach sich ziehen.

= **Englische Handelskammern in Deutschland** sollen (nach der „Times") in Köln, Koblenz, Leipzig, Mannheim, München und Oberschlesien errichtet werden, mit Unterstützung der englischen Regierung. (Natürlich haben diese Organe nicht amtlichen Charakter wie unsere inländischen Handelskammern; es sind rein private Vereinigungen).

Der deutsche Viehstand.

Das Statistische Reichsamt hat jetzt Vergleichsziffern für die Jahre 1919, 1920 und 1913 über die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1920 errechnet, indem es die Zählungsergebnisse von 1913 und 1919 für das jetzige Reichsgebiet festgestellt hat. Danach ergeben sich für

	1913	1919	1920
Rindvieh	18 648 271	16 317 329	16 789 844
Schafe	4 991 959	5 340 527	6 139 289
Schweine	22 775 120	11 517 875	14 149 462
Ziegen	3 256 853	44 139 601	4 451 463
Federvieh	—	51 021 698	60 751 686
Kaninchen	—	7 677 816	6 840 541

Danach wäre die Differenz zwischen 1913 und 1920 beim Rindvieh größer als 10 Prozent, bei den Schweinen 38 Prozent. Diese Fehlzahlen werden für die Volksernährung wohl keineswegs aufgehoben durch die Steigerung des Kleinviehbestandes.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 28 — Merseburg, 6. April — 1921

Bekanntmachung betreffend durch innere Unruhen verursachte Schäden.

Alle Kreisbewohner, die durch die letzten inneren Unruhen an beweglichem oder unbeweglichem Eigentume sowie an Leib und Leben Schaden erlitten haben, weise ich darauf hin, daß alle Entschädigungsansprüche in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 941)

an den Feststellungs-Ausschuß zu Halle a. S., Luisenstraße 6.

(Landratsamt des Saalkreises) binnen einer Ausschlußfrist von 3 Monaten zu richten sind.

Dorthin wollen auch die Gemeindebehörden die bei ihnen eingereichten Gesuche abgeben.

Merseburg, den 5. April 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

128] **Rundschreiben 1921 K. H. Nr. 20.**

Auf eine Eingabe einer Fürsorgestelle um beschleunigte Erledigung der Abfindungsanträge für wiederverheiratete Kriegerwitwen habe ich mich mit dem Hauptversorgungsamt Magdeburg in Verbindung gesetzt.

Hierauf hat mir dieses am 2. März 1921 unter Nr. 318/V. 5. folgendes erwidert:

„die geschilderten Unzuträglichkeiten hinsichtlich der Abfindung für wiederverheiratete Kriegerwitwen können durch die erhöhte Vorschußzahlung auf Grund der inzwischen ergangenen neuen Bestimmungen — Reichsversorgungsblatt 1921 Nr. 175, Seite 92 — wohl als bestätigt angesehen werden (siehe auch dieses Schreiben vom 17. Februar 1921 — Nr. 237/V. 5), — vergl. (Rundschreiben der Hauptfürsorgestelle 1921 Nr. K. H. 12. —

Das Hauptversorgungsamt wird die noch vorliegenden Anträge mit der größten Beschleunigung erledigen. Hierzu sind jetzt besonders Hilfskräfte eingestellt worden. Es kann angenommen werden, daß alle bis Ende Februar d. J. hier eingegangenen Anträge im Laufe der nächsten 3 Wochen erledigt werden. Außer der Reihe können nur ganz dringende Fälle, wo sofortige Hilfe geboten ist, erledigt werden. Mit Rücksicht auf die jetzt außerordentlich beschleunigte Bearbeitung der Anträge empfiehlt es sich, alle Anfragen der Fürsorgestellen oder Empfangsberechtigten, ob die Abfindung angewiesen ist bezw. wann sie zur Auszahlung kommt, nicht hierher, sondern an die zuständige Pensionsregelungsbehörde zu richten. Diese wird die Anfrage hierher weitergeben, falls eine Anweisung bei der Pensionsregelungsbehörde noch nicht vorliegen sollte."

Indem ich den Fürsorgestellen hiervon Kenntnis gebe, stelle ich anheim, auch die in Frage kommenden Kriegerwitwen in geeigneter Weise zu benachrichtigen. Es empfiehlt sich vielfach, eine allgemeine Bekanntmachung durch die Ortspolizeibehörden oder Zeitungen.

Merseburg, den 11. März 1921. K. H. 638/21.

Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Der Landeshauptmann.
J. A. gez. Baurschmidt.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 4. April 1921.
Der kommissarische Landrat.
gez. Dr. Lehnsdorf.

129] **Viehhandelserlaubniskarten.**

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 19. März 1921, veröffentlicht im amtlichen Anzeiger Nr. 21 vom 30. März 1921, gebe ich nachstehend diejenigen bekannt, die im Besitz einer Viehhandelserlaubniskarte sind:

1. Viehhändler **Albert Wiedemann in Lauchstedt,**
2. Fleischermeister **Arthur Knoche in Merseburg,**
3. Fleischermeister **Adolf Albrecht in Beuchlitz,**
4. Fleischermeister **Franz Wagner in Papitz,**
5. Fleischermeister **Hermann Brendel in Passendorf,**
6. Fleischermeister **Franz Goebel in Passendorf,**
7. Fleischermeister **Karl Haase in Raßnitz.**

Merseburg, den 31. März 1921.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 5.— Mk., durch unsere Austräger 5.— Mk. und 50 Pfg. Zustellungsgebühr, durch unsere Landboten 5.— Mk. und 75 Pfg. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- und Bezuggeld. Einzelnummer 30 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1.20 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 79 — Mittwoch den 6. April 1921 — 47. Jahrg.

Amerika und die Reparationsfrage.

Seit dem Scheitern der Londoner Konferenz tauchen immer wieder Meldungen auf, die von neuen Verhandlungen in der Reparationsfrage zu berichten wissen und wiederholt ist bereits der Namen des kommenden Konferenzortes angegeben worden. In letzter Zeit tauchten nun Nachrichten auf über die Vermittelung einer oder gar mehrerer neutraler Mächte. Diese Meldungen kommen fast ausschließlich aus den Ententeländern und sind wohl ein Zeichen dafür, daß man trotz aller Sanktionen die jetzige Lage nicht als sehr angenehm empfindet. Zunächst breitete man noch ein geheimnisvolles Dunkel über die vermittelnden Mächte. Dann ließen sich die Blätter aus Washington melden, daß Amerika die Rolle des Vermittlers übernommen habe und die Pariser Blätter glaubten auch den Inhalt der gewechselten Noten wiedergeben zu können.

Bei dieser Lage der Dinge ist es erfreulich, daß die deutsche Regierung nunmehr zur Veröffentlichung der sogenannten Noten geschritten ist und daß damit die Dinge wieder auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es war ja inzwischen schon bekannt geworden, daß der amerikanische Vertreter in Berlin, Mister Dresel mit dem deutschen Außenminister Simons vor dessen Reise nach Lugano — eine Reise, die nur Erholungszwecken dient — eine Unterredung gehabt hat, in deren Verlauf der Amerikaner den Wunsch äußerte, die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Reparationsfrage kennen zu lernen. Dem diplomatischen Brauch folgend, wurde dem amerikanischen Vertreter dann ein Aidememoire übergeben, das nach Washington gekabelt wurde. Die amerikanische Regierung bestätigte dann in einem Kabeltelegramm den Empfang des deutschen Memorandums.

In dem deutschen Memorandum selbst ist ja kaum ein wesentlicher neuer Gesichtspunkt enthalten. Es betont, wie das ja schon so oft geschehen ist, die Bereitwilligkeit Deutschlands, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz zu leisten und es stellt als Ziel der Reparation auf: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und 2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Barmittel in fremden Devisen. Zur Frage des Wiederaufbaus wird mitgeteilt, was ja auch kein Geheimnis mehr war, daß Deutschland der französischen Regierung nochmals Vorschläge unterbreiten werde. Es ist ja bekannt, daß bereits zur Ausarbeitung dieser Vorschläge Sachverständige zusammengetreten sind. Das deutsche Memorandum weist dann mit Recht darauf hin, daß diese ganze Angelegenheit schon wesentlich weiter gediehen wäre, wenn die deutschen Pläne nicht immer wieder auf französischen Widerstand gestoßen wären. Das ist eine Erkenntnis, der man sich ja heute in Frankreich auch nicht mehr überall verschließt. Französische Blätter haben sehr scharfe Worte der Verurteilung gefunden, um die mangelnde Organisation der Wiederaufbauarbeit in Frankreich und vor allem die spekulative Ausnutzung zu geißeln. Auch der französische Ausbauminister Loucheur gab dem Intransigeant zufolge recht interessante Einzelheiten über die „Spekulation in Kriegsschäden" bekannt. Man kann heute, so führte der Minister aus, eine Fabrik für 100 000 Fr. kaufen, die eine Million Fr. Entschädigung für Kriegsschäden erhalten will. Oder man kauft eine Farm für 12 000 Fr., welche 80 000 Fr. für Kriegsschäden erhalten soll. Man schließt die Fabrik oder läßt die Farm unbewirtschaftet und wartet auf die Auszahlung der Entschädigung. Mit Recht betont Loucheur, daß der französischen Wirtschaft durch solche Spekulationen der schwerste Schaden entsteht. Man wird sich daher auch in Frankreich darüber klar werden müssen, daß der Wiederaufbau nur in gemeinsamer Arbeit möglich ist, wie ja auch der Architekt Francq kürzlich ausführte. „Man scheint sich bis jetzt in Frankreich noch nicht darüber klar geworden zu sein, daß es uns selbst mit allem guten Willen gar nicht möglich ist, eine derartige Riesenarbeit allein zu Ende zu führen. Das geht über die Kräfte Frankreichs." Was die Frage der Beschaffung von Barmitteln betrifft, so greift das deutsche Memorandum auf die schon öfter erwähnte Idee einer internationalen Anleihe zurück. Es wird ferner betont, daß Deutschland bereit ist, die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit dem Urteil unparteiischer Sachverständiger zu unterstellen.

Die amerikanische Antwort läßt, wie man zu sagen pflegt, alle Türen offen. Wenn hierin betont wird — und dieser Satz wird von der chauvinistischen Ententepresse etwas stark ausgenutzt — die amerikanische Regierung halte ebenso wie die alliierte Regierung Deutschland für den Krieg verantwortlich, so darf doch vielleicht an das Wort Lloyd Georges, das dieser allerdings am liebsten heute auch leugnen möchte, erinnert werden, daß kein Staatsmann für den Krieg verantwortlich sei, sondern daß sie alle in diesen Krieg hineingestolpert wären.

Man sieht also, von einer Vermittelung kann, wenn auch alle Möglichkeiten offen bleiben, nicht gut gesprochen werden. Man wird auch nicht verkennen können, daß es vollkommen zwecklos wäre, sich erneut an den Verhandlungstisch zu setzen, so lange die Entente sich nicht von den Pariser Beschlüssen frei machen kann. Eben jetzt hat erst der Direktor der Diskontogesellschaft Urbig im Bankarchiv nachgewiesen, daß die Pariser Forderungen der Entente absolut utopisch sind. Die Leistung der geforderten Goldmilliarden setzt ein Blühen der deutschen Wirtschaft voraus, wie es niemals einem Land auf Erden beschieden sein kann. Bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt, müßte auch Klarheit darüber geschaffen sein, daß die Grenzpläne des Herrn Korfanty und seiner Gesinnungsgenossen erledigt sind, und daß Oberschlesien, wie die große Mehrheit seiner Bevölkerung es fordert, ungeteilt bei Deutschland bleibt. Es müßte ferner Klarheit geschaffen sein, daß die Dauer der Rheinlandbesetzung nicht willkürlich verlängert und die verhängten Sanktionen sofort aufgehoben werden.

Für die Erfüllung dieser Forderungen sind bislang wenig oder gar keine Anzeichen zu erkennen. Es ist darum auch keinerlei Grund vorhanden, irgend welche Hoffnungen auf den amerikanischen Schritt zu setzen. Auch die Regierung Hardings treibt, wie das ja ganz selbstverständlich ist, eine rein amerikanische Politik und tut keinen Schritt nur aus reiner Liebe zu Deutschland. Nur aus der Überzeugung heraus, daß seine Sache gut, und daß der deutsche Standpunkt gerecht ist, kann Deutschland Hoffnung für die Zukunft schöpfen.

*

Amerika und der Frieden.

Deutscher Protest gegen Redakteurverurteilungen in Oberschlesien.

Berlin, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die deutsche Regierung wird, wie wir erfahren, noch heute bei der Interalliierten Kommission in Oppeln Vorstellungen erheben wegen der Verurteilung der oberschlesischen Redakteure. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß zahllose Falschmeldungen polnischer Blätter ungesühnt geblieben sind.

Verhaftungen von Kommunisten.

Nürnberg, 6. April. (Privattelegramm). Die Bahnhofskontrolle mußte hier verschärft werden, nachdem die Polizei bei einem aus Amberg einreisenden jungen Burschen fünf Kilogramm Sprengstoff fand, das er als Mitglied der kommunistischen Jugendpartei verwenden sollte. In kommunistischen Kreisen wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

Ruhiger Verlauf der Beerdigung von Sylt.

Berlin, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Bei der Trauerfeier für den auf der Flucht erschossenen Kommunistenführer und städtischen Obermaschinisten Sylt ist, soweit sich das in den Mittagsstunden übersehen läßt, die Beteiligung der städtischen Arbeiterschaft nicht übermäßig groß. Am stärksten waren die städtischen Elektrizitätswerke mit etwa 50 Prozent ihrer Arbeiterschaft vertreten. Auch in der Metallindustrie ist es zu Betriebseinstellungen nicht gekommen. Von der Straßenbahn nimmt etwa ein Viertel des Personals an der Beerdigung teil. Hier sind deshalb für heute einige Linien eingestellt.

über 4½ Millionen Arbeitslose in England.

London, 6. April. Zu den 1½ Millionen Arbeitslosen, die in England bereits am 24. März gezählt wurden, kommen jetzt weit über drei Millionen streikende Bergleute.

England muß aus innerpolitischen Gründen Truppen zurückziehen.

Paris, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die englische Regierung hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß einige englische Truppenkörper, die sich gegenwärtig auf fremden Schauplätzen befinden, aus innerpolitischen Gründen nach England zurückgezogen werden. Insbesondere sind dies vier Bataillone aus Oberschlesien. Hierzu meldet der Figaro, daß die englischen Bataillone durch französische Truppen ersetzt werden.

Die Zusatzklausel der Knoxschen Friedensresolution.

Paris, 6. April. Wie Stefan Lauzanne dem Matin aus New-York drahtet, hat Senator Knox die Absicht, seiner aus fünf Paragraphen bestehenden, schon einmal vom Senat angenommenen Resolution folgende Zusatzklausel beizufügen:

Um unsere Pflicht gegenüber der Welt und gegenüber uns selbst vollständig und würdig zu erfüllen, erklären wir, daß die amerikanische Politik folgende sein wird. Wenn die Freiheit und der Friede Europas aufs neue von einer Macht oder durch eine Kombination von Mächten bedroht werden, werden die Vereinigten Staaten diese Lage mit allem Ernst und aller Ruhe betrachten und darin eine Bedrohung ihrer eigenen Freiheit und ihres eigenen Friedens erblicken. Sie werden sich alsdann mit den anderen gefährdeten Ländern beraten, um eine solche Bedrohung zu beseitigen, und wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt, mit den Freunden der Zivilisation diese verteidigen.

Senator Knox werde diesem Text eine Begründung hinzufügen, in der er sagt: Wenn eine ähnliche Erklärung von anderen Nationen angenommen würde, so würde dadurch eine viel stärkere Gesellschaft der Nationen gefördert werden als jede andere. Durch diese Resolution werde auch die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes und internationalen Untersuchungsausschusses nicht behindert werden.

Bolschewistische Unterstützung der ausländischen Kommunistenorganisationen.

Kopenhagen, 6. April. Das Blatt „Socialdemokraten" bringt sensationelle Enthüllungen über die bolschewistische Unterstützung der ausländischen Kommunistenorganisationen. Das Gold der Bolschewisten bleibt grundsätzlich für die ausländische Propaganda reserviert. Daraus zu erklären seien die Naturalkonzessionen, die die Sowjetregierung den fremden Kapitalisten anbiete. Die Bolschewisten machten so den russischen Arbeitern dem fremden Kapital unterjan, um ihr Gold für die Weltpropaganda ausgeben zu können. Je mehr sie Konzessionen vergaben, um so mehr zwangen sie die internationalen Kapitalisten, ihre Diktatur zu unterstützen. Diese Enthüllungen über die Goldreserve politik der Bolschewisten sind eine Bestätigung dafür, daß bolschewistisches Gold bei den letzten kommunistischen Unruhen eine größere Rolle auch in Deutschland gespielt hat, weitgehender, als dies festgestellt werden konnte.

Die Entente verlangt Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.

Paris, 6. April. (Privattelegramm Frankfurt a. M.) Das Echo de Paris berichtet, die Botschafterkonferenz sei übereingekommen, daß die Gefahr einer terroristischen Bewegung in Bayern nicht größer sei als in den übrigen deutschen Gegenden und daß die bayerische Regierung daher auch kein Recht habe, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln und sich der Entwaffnung seiner Einwohnerwehren zu widersetzen. Die Alliierten werden in dieser Angelegenheit eine besondere Note nach Berlin richten, eine direkte Auseinandersetzung mit München jedoch ablehnen.

Amerika behält sich vollste Handlungsfreiheit vor.

New-York, 6. April. Die amerikanische Regierung hat eine Note an die Verbandsregierungen gerichtet über die Mandate. In diesem amtlichen Schriftstück legt sie nochmals ihren bereits bekannten Standpunkt über die Insel Yap dar. Man behauptet, daß die Vereinigten Staaten diese Gelegenheit benutzen, um den assoziierten Mächten amtlich mitzuteilen, daß sie jede Gemeinschaft mit dem Völkerbund ablehnen und sich hinsichtlich der europäischen Fragen vollste Handlungsfreiheit vorbehalten.

Exkaiser Karl von österreichischen Arbeitern festgehalten.

Wien, 6. April. (Telegramm unserer Berliner Redaktion.) Die Rückreise des Exkaisers Karl durch Österreich hat unterwegs eine plötzliche Unterbrechung erfahren. In Bruck an der Mur hatten etwa 1000 Arbeiter sich des Bahnhofs bemächtigt und erklärten, daß sie von dem Exkaiser eine Zusicherung verlangten, daß er nie wieder den Versuch machen werde, nach Österreich zurückzukommen. Falls er diese Erklärung nicht abgebe, drohten sie, ihn aufzuhängen. Der Zug des Exkaisers blieb außerhalb der Station. Es wurden Verhandlungen eingeleitet, um die Durchfahrt zu sichern. Doch sind die Unterhandlungen, an denen sich auch die mitfahrenden Ententeoffiziere beteiligten, bis um 3 Uhr morgens erfolglos geblieben.

Für die völlige Unabhängigkeit Ägyptens.

London, 6. April. Nach einer Reutermeldung aus Alexandrien sagte Zaglul Pascha auf einem Festessen, die von ihm befolgten politischen Richtlinien hätten zur Grundlage die völlige Unabhängigkeit Ägyptens. Er schloß seine Rede mit der Aufforderung zur Einigkeit.

Der finanzielle Sekretär des Schatzamts erklärte auf eine Anfrage, nach Schätzung der Wiedergutmachungskommission (!!) bezahlte Deutschland bis Ende Januar ungefähr 6 Milliarden 55 Millionen Goldmark, davon müssen aber ungefähr 3 Milliarden 530 Millionen für die Kosten der Besatzungsarmee bis Ende Dezember abgezogen werden und ungefähr 25 Millionen Pfund Sterling Vorschüsse infolge der Übereinkunft von Spa. Stellt man in Rechnung, was Deutschland nach dem 31. Januar bezahlte, wie auch die Kosten der Besatzungsarmee seit Januar, so hat Deutschland bis heute für die Entschädigung ungefähr 100 Millionen Pfund Sterling bezahlt.

Bayern schlägt neue Verhandlungen mit der Entente über die Entwaffnungsfrage vor.

München, 6. April. Amtlich wird gemeldet: Der Ministerrat beschäftigte sich mit der vom Botschafter Dr. Heinze überreichten Note vom 29. März. In der beschlossenen Antwort schlägt die bayerische Regierung vor, bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neue Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.

Über 24 000 Mann farbiger Truppen im Rheinland

Stockholm, 6. April. Ein schwedischer Brief aus dem Rheinland schildert das rücksichtslose Auftreten der Franzosen und stellt fest, daß im ganzen besetzten Gebiet sich über 24000 Mann farbige französische Truppen befinden.

*

Eine starke Hand wird auf Deutschland niedersausen!

Eine neue Drohrede Briands.

Aus Paris wird uns berichtet:

Im Senat erklärte Briand, daß das Problem, dessen Lösung vom ganzen Lande mit Spannung erwartet worden war, die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland sei. Der Ministerpräsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich sich seinem Ziel nähere, und daß die Stunde kommen werde, wo es Frankreich möglich sein werde, den Weg der Verwirklichung zu betreten. Er erkennt an, daß vorübergehende Mißlichkeiten unter den Alliierten ausgebrochen seien. Er fügte hinzu, daß Deutschland versucht habe, diese zu verschärfen, daß sich die Alliierten aber über dieses Manöver Rechenschaft abgelegt hätten, und daß sie seit der Konferenz von Paris die Notwendigkeit ihrer Einigkeit begriffen hätten. Briand erinnerte an die Verhandlungen von London und wies nach, daß Deutschland lächerliche Vorschläge gemacht habe, welche eine Herausforderung der Alliierten bedeuteten. Briand erinnerte daran, welche Ereignisse dem Abbruch der Londoner Konferenz folgten. Er erwähnte die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Er sagte: Denn dieses Abkommen von London ist nunmehr vollkommen zu verwirklichen, und damit tritt der Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210406-18/fragment/page=0007